

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Tierschutz & Ethik	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	27

**VERBÄNDE**



Thema: Generationengerechtigkeit	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

**SERVICE**

Termine	32
Impressum	32

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Lernort Wald in der Kita	

**THEMEN DES MONATS**

Ressourcenschutz

## Zurück zum Ursprung

**Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft braucht  
Transparenz und offene Standards**

Seite 2

Wasserpolitik

## Flussgebietsmanagement 2.0

**Gewässerschutz muss stärker auch in andere Politikbereiche  
integriert werden**

Seite 4

Moorschutz

## Kompost lässt Pflanzen gedeihen

**Wer auf Torf verzichtet, schützt Klima und biologische Vielfalt**

Seite 6

Interview: Marina Fischer und Gerard Misler über Foodsharing

## „Lebensmittel mehr wertschätzen“

**Die Foodsharingbewegung setzt sich gegen Verschwendung  
von Lebensmitteln ein und bewahrt diese vorm Wegwerfen**

Seite 15

## Ressourcenschutz

# Zurück zum Ursprung

Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft braucht Transparenz und offene Standards

**Open Source heißt das Zauberwort für einen neuen Ansatz, mit dem eine Abkehr von der Wegwerfwirtschaft gelingen kann. Bekannt ist der Begriff den meisten von Softwareprogrammen, deren Bauplan frei zur Verfügung steht. Bei der Open-Source-Kreislaufwirtschaft geht es um viel mehr: um ein Ende der Ressourcenverschwendung, um eine echte Transformation und damit um nachhaltigen Umweltschutz. ■ VON LARS ZIMMERMANN UND SAM MUIRHEAD, OPEN IT AGENCY**

Die Open It Agency hat die Vision einer Kreislaufwirtschaft. Kreislaufwirtschaft ist eine Idee für eine wirklich nachhaltige Zukunft, in der es keinen Müll mehr gibt und unsere Wirtschaft in Symbiose mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen funktioniert. Alle Produkte und die damit verbundenen Herstellungs-, Auslieferungs- und Konsumprozesse sind ausgelegt für verschiedene Wiederverwendungskreisläufe, etwa Neuverwendung, Reparatur, Aufbereitung und Recycling. Jedes Ergebnis (Output) eines Prozesses wird immer zum Eingangsstoff (Input) für einen anderen. Emissionen, Nebenerzeugnisse und defekte oder nicht verkaufte Produkte werden in einer Kreislaufwirtschaft nicht zu Abfall, sondern zum Ausgangsmaterial für neue Produktionszyklen.

Gegenwärtig haben wir ein lineares System. Wir fördern Ressourcen aus der Erde und wandeln sie über kurz oder lang um in – oft giftigen – Müll. Der Planet wird schneller verbraucht und zerstört, als er sich erholt. Die damit einhergehenden Probleme sind seit Jahrzehnten bekannt<sup>(1)</sup> und trotz gestiegenen öffentlichen Bewusstseins und vieler Umweltkampagnen sind immer noch keine auch nur annähernd belastbaren und breit anwendbaren Lösungen gefunden. Bestehende „grüne“ Ansätze wirken kaum als effektive Bremsen für die negativen Entwicklungen. Erforderlich ist ein radikaler Neuansatz bei den Techniken, die wir für unsere Zusammenarbeit nutzen und mit denen wir unsere Produkte und Dienstleistungen gestalten, herstellen und ausliefern.

Eine Art, sich ein Bild von Kreislaufwirtschaft zu machen, ist es, an die Kreisläufe der biologischen Umwelt zu denken. Man stelle sich zum Beispiel einen Samen

vor, der in nährstoffreichem Boden zu einem starken, erwachsenen Baum heranwächst. Am Ende seines Lebens stirbt der Baum, wird sich zersetzen und wieder zur Nährstoffquelle für neue Bäume werden. Aber dieses Bild ist zu einfach. Lebendige Organismen haben über Milliarden Jahre hinweg ein dynamisches und vielschichtiges Ökosystem entwickelt, welches nicht in sauberen, kurzen, geschlossenen Kreisläufen funktioniert. Tausende Prozesse sind Teil des Bildes vom sich zersetzenden Baum, beispielsweise Lebenszyklen von Bakterien, Insekten und Pilzen, Wetterverhältnisse, Befruchtungs- und Wachstumsvorgänge, Dynamiken des Kampfes um Lebensräume – der Baum steht in ständiger Interaktion mit all diesen Systemen und Prozessen, die alle wiederum eigene Inputs und Outputs haben und es ist die Kombination von allem, was ein nachhaltiges Ökosystem bildet.

### Wer ökologische Probleme teilt, sollte auch die Lösungen teilen

Denken wir im Vergleich dazu an die Gestaltung und Herstellung von Produkten, scheint es sehr unwahrscheinlich, dass einzelne, voneinander isolierte Unternehmen Prozesse entwickeln können, in denen die Komponenten zweier oder dreier Produkte perfekt aufeinander abgestimmt wechselseitig ihre Produktionszyklen mit Rohstoffen versorgen und miteinander ausbalancierte, geschlossene und rückstandsfreie Kreisläufe bilden. Das erscheint als ein extrem schwieriger und unlogischer Weg zu einer Kreislaufwirtschaft. Wir müssen neue Perspektiven finden, die Dinge neu betrachten: Wir brauchen wirkliche Zusammenarbeit

und offene Standards, die länder- und industriübergreifend funktionieren. Dazu ist Transparenz bei Produktionsprozessen und Materialien notwendig. Es müssen Produkte entstehen, die leicht untersucht, auseinandergelöst und repariert werden können. Und wenn gute Lösungen entwickelt wurden, muss es möglich sein, sie breit gestreut einzusetzen, darauf aufzubauen und sie weiterzuentwickeln, für die Gesellschaft und das Wohl des Planeten.

Open Source bedeutet, zu publizieren und verfügbar zu machen. Rezepte, Softwarecodes, Baupläne werden offen zugänglich gemacht, sodass jeder und jede sie studieren, einsetzen und auf ihnen aufbauen kann. Dem folgen oft dezentrale Formen der Zusammenarbeit. Unterschiedlich zusammengesetzte Gruppen diskutieren Ideen und Projekte, geben einander Feedback, beheben unabhängig voneinander Fehler, bauen Prototypen zu neuen Ideen und erschaffen nützliche und individuell anpassbare Software, Hardware, Werkzeuge und Kulturtechniken.

### Wider den Wettbewerbsgedanken

Von freier, Libre- und Open-Source-Software, die den größten Teil der Infrastruktur des Internets bildet, über Wikipedia bis hin zu Open-Street-Map sehen wir, wie solche verteilte, dezentrale Zusammenarbeit außerordentliche Dinge ermöglicht. Und wir können die Werkzeuge und Techniken dieser Tradition nutzen für internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit an verschiedensten Dingen: Nach seinem Erfolg in der Softwarewelt ist das Open-Source-Modell weiter gewachsen und hat sich auf immer mehr Bereiche ausgebreitet. Es

gibt eine stetig wachsende Bewegung, die von Open-Source-Hardware<sup>(2)</sup> und Open Design über Open Data bis hin zu Open Government reicht. Diese Art des Zusammenarbeitens – die Open-Source-Art – und die Transparenz und Freiheit, die damit einhergehen, sind der Schlüssel und einzige Weg für eine hochkomplexe, diverse und sich schnell entwickelnde Wirtschaft, umfassende Kreisläufe zu bilden und aufrechtzuerhalten.

Während der Open-Source-Kreislaufwirtschaftstage (Open Source Circular Economy Days)<sup>(3)</sup> im Juni 2015 werden wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer von einem übergreifenden Blickpunkt aus versuchen zu verstehen, wie verschiedene Systeme miteinander interagieren könnten. Wir werden uns mit konkreten Aufgaben und Problemen auseinandersetzen. Wir werden unsere Ideen und Erfahrungen offen teilen. Und wir werden mit dem Bau einer Open-Source-Kreislaufwirtschaft beginnen.

## Wie kann das gelingen?

Die Open Source Circular Economy Days werden Expertinnen aus Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit mit der Open-Source-Sicht vertraut machen. In global aufgeteilten und internationalen Arbeitsgruppen werden wir die Möglichkeiten einer Kreislaufwirtschaft erkunden und diskutieren, die auf Open Source setzt. Der Offenheitsansatz ermöglicht es, viele Dinge (neu) zu erfinden und zu realisieren.

Beispiele dafür sind

- ▶ **Offene Bildungsquellen** – funktionierende Praktiken und Techniken etwa über Kompostierung oder regeneratives Design können als Anleitungen offen geteilt werden.
- ▶ **Open-Source-Hardware/Open-Design-Produkte** – offene und transparente Produkte sind einfacher zu warten, zu reparieren, aufzubereiten, wieder zu nutzen und – wenn das Produkt dafür gestaltet ist – auch einfacher zu recyceln. Offene Designs tendieren oft zur Modularität, das heißt, sie sind leichter austauschbar, was Wartung oder Recyc-

ling noch einfacher macht. Eine gute Inspiration und Illustration hierfür bietet das Open-Structures-Projekt.<sup>(4)</sup>

- ▶ **Open-Source-Software** – die Software, mit der Unternehmen Ströme von Daten über Produkte und Produktionsprozesse messen und analysieren, wird heute immer besser. Open-Source-Lösungen würden den Zugang dazu erleichtern und eine bessere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen industriellen Nutzern ermöglichen. Eine Lebenszyklusanalyse von Produkten ist bereits mit OpenLCA<sup>(5)</sup> möglich und die Open IT Agency entwickelt das IPOtables-Projekt.<sup>(6)</sup>
- ▶ **Offene Materialien und offene Standards** – welche Materialien sind wirklich vollständig recycelbar? Welche Designprinzipien und -komponenten sind nachweislich geeignet für Kreisläufe? Welche Recyclingtechniken und Maschinen oder Anlagen arbeiten effektiv? Offene Standards auf all diesen Feldern könnten Interoperabilität gewährleisten und breiteren Zugang zu diesen Technologien geben. Andere erhielten zudem die Möglichkeit, bei der Verbesserung dieser Techniken mitzuwirken, und könnten darüber hinaus auch dabei helfen, vielversprechende Prototypen zu tragfähigen Lösungen auszubauen.
- ▶ **Offene Produktionsdaten** – Produzenten sammeln heute immer mehr Daten über ihre Produktion. Ströme von Materialien, Produkten und Energie können so immer effizienter gelenkt werden. Materialverbrauch und Müll werden reduziert, manchmal sogar kleinere Kreisläufe geschlossen. Aber zumeist bleiben diese Daten innerhalb der Mauern einer einzelnen Fabrik oder eines Unternehmens. Was wäre möglich, würde man diese Daten öffnen und nutzen, um die Zusammenarbeit zwischen ganzen Netzwerken von Fabriken oder gar zwischen Industrien zu verbessern?
- ▶ **Offene Mülldaten** – Welcher Müll fällt an in Haushalten, Städten und Fabriken? Wie viel Müll entsteht und wohin gelangt er? Wären diese Daten offen zugänglich, könnte man sie analysieren, Auffälligkeiten und Probleme darin

finden und Lösungen dafür entwickeln. Zudem würden sie starke Argumente liefern, um für nachhaltige Veränderungen zu werben.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Open Source Circular Economy Days werden durch die Arbeit an konkreten Problemen, Fällen und Aufgaben Konzepte und Fragen wie diese erörtern. Sie werden die Herangehensweisen an Kommunikation, Gestaltung, Entwicklung und unternehmerisches Handeln für eine Kreislaufwirtschaft neu denken, und zwar mit Open Source. In vielen Fällen verlangen Strategien von Offenheit Anpassungen existierender Modelle – manchmal kleinere Korrekturen, manchmal tief greifende Umgestaltung. Bestehende Open-Source-Projekte haben gute und starke Geschäfts-, Kommunikations- und Gestaltungsmodelle entwickelt und getestet. Diese sollen als Vorbild dienen und den weiteren Einsatz in Gesellschaft und Wirtschaft vorantreiben.

Text-Lizenz: CC-BY 4.0

## Links

- ▶ (1) [www.en.wikipedia.org/wiki/The\\_Limits\\_to\\_Growth](http://www.en.wikipedia.org/wiki/The_Limits_to_Growth)
- ▶ (2) [www.oshwa.org/definition/german](http://www.oshwa.org/definition/german)
- ▶ (3) [www.oscedays.org](http://www.oscedays.org)
- ▶ (4) [www.openstructures.net](http://www.openstructures.net)
- ▶ (5) [www.openlca.org](http://www.openlca.org)
- ▶ (6) [www.ipotables.net](http://www.ipotables.net)

Lars Zimmerman hat Medienkultur in Weimar studiert. Der Autor, Künstler und Open-Source-Ökonom ist Mitgründer der Open It Agency.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)176-21865009  
E-Mail: [zimmermann.lars@email.de](mailto:zimmermann.lars@email.de),  
[www.openitagency.de](http://www.openitagency.de)



Sam Muirhead ist Videofilmer und Wissenschaftler und Mitgründer der Open It Agency.

Kontakt:  
E-Mail: [sam@cameralibre.cc](mailto:sam@cameralibre.cc),  
[www.openitagency.eu](http://www.openitagency.eu)



## Wasserpolitik

# Flussgebietsmanagement 2.0

Gewässerschutz muss stärker auch in andere Politikbereiche integriert werden

**Für naturnahe Flüsse, Auen und Gewässer in Deutschland waren mit der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie große Erwartungen verbunden. Ursprünglich war angestrebt, das Ziel eines „guten Zustands“ in Flüssen, Bächen, Seen, Küsten- und Übergangsgewässern und im Grundwasser im Jahr 2015 zu erreichen. Kann dies noch gelingen? ■ VON TOBIAS SCHÄFER, GRÜNE LIGA**

Trotz großer Anstrengungen der Wasserwirtschaftsverwaltungen und zahlreicher erfolgreicher Maßnahmen scheinen bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) Ausnahmen und Fristverlängerungen bis 2027 die Regel zu sein. Mit den Ende 2014 veröffentlichten Entwürfen für Bewirtschaftungspläne, Maßnahmenprogramme und Hochwasserrisikomanagement wurde der zweite Bewirtschaftungszeitraum von 2015 bis 2021 vorbereitet. Was lassen die Planentwürfe für den Gewässerschutz und die Entwicklung naturnaher Flüsse, Auen und Gewässer erwarten? Wie gelingt die Kopplung mit dem Hochwasserrisikomanagement?

Zu diesen Fragen fand im Februar in Hannover eine Veranstaltung der Bundeskontaktstelle Wasser der Grünen Liga, des NABU und des BUND statt.<sup>(1)</sup> 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Umweltverbänden, 14 Bundesländern, Behörden, Planungsbüros und wissenschaftlichen Einrichtungen diskutierten die derzeit zur öffentlichen Kommentierung ausliegenden Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme nach der WRRL sowie die Pläne zum Hochwasserrisikomanagement. Sie werden für alle Flussgebiete Deutschlands erarbeitet, und zwar auf drei Ebenen: international abgestimmte Pläne (A-Ebene, internationale Flussgebietskommissionen), zwischen den Bundesländern abgestimmte Pläne (B-Ebene, Flussgebietsgemeinschaften), und auf Landesebene erstellte Pläne (C-Ebene). Bis zum 22. Juni 2015 sind Stellungnahmen möglich. Die Pläne geben die Richtung für Maßnahmen bis zum Jahr 2021 vor. Zugleich stellen sie die bisherige Zielerreichung bezogen auf die Flussgebiete beziehungsweise Länder dar.

Die herausragende Bedeutung der Binnengewässer für den Erhalt der Biodiversität in Deutschland stellte Klement Tockner, Direktor des Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei, heraus. Bäche und Flüsse interagieren vor allem durch ihre Auen mit der umgebenden Landschaft. Weit in die terrestrischen Systeme hinein ist ein „Flussabdruck“ nachweisbar, etwa anhand der Ausbreitung von Insekten. Die für diese Vielfalt nötige Lebensraumdynamik ist an den meisten Gewässern durch Ausbau und Unterhaltung zum Erliegen gekommen. Die naturnahe Entwicklung der Gewässer muss den Ansatz verfolgen, dynamische Prozesse zuzulassen; eine zentrale Rolle spielt hierbei Totholz. Wie sich derartige Konzepte planerisch umsetzen lassen und wie dabei Instrumente der ländlichen Entwicklung und die Flurneuordnung genutzt werden können, zeigte Dietmar Mehl vom Institut Biota anhand von Beispielen an der Nebel in Mecklenburg.

## Magere Bilanz

Die Umweltziele der Wasserrahmenrichtlinie, im Zentrum der „gute Zustand“ der Gewässer, sind bislang nur in äußerst bescheidenem Umfang erreicht worden. Dafür ist das Jahr 2015 jedoch laut Richtlinie das Zieljahr. Die Ende 2014 vorgelegten Bestandsaufnahmen zeichnen ein trauriges Bild. Zu bedenken ist dabei jedoch auch, dass schon ein verfehelter Parameter beziehungsweise Grenzwert die Gesamteinstufung als „gut“ vereitelt.

Die Fließgewässer erreichen nur zu zwei bis zehn Prozent den guten ökologischen Zustand bezogen auf die Gewässerstrecke je nach Bundesland. Bei Seen ist dieser An-

teil etwas höher. Dementsprechend werden die Ziele bei über 90 Prozent der natürlichen, aber auch der erheblich veränderten und künstlichen Gewässer verfehlt. Dabei gilt für letztere bereits das „gute ökologische Potenzial“ als Zielgröße, das unter dem „guten ökologischen Zustand“ liegt.

Etwa ein Drittel der Grundwasserkörper befindet sich in einem schlechten chemischen Zustand, im Elbegebiet sind das 45 Prozent. Der Hauptbelastungsfaktor ist Nitrat aus der Landwirtschaft: Die Überschreitung des Nitrat-Grenzwerts von 50 Milligramm pro Liter führt bei rund 30 Prozent der Grundwasserkörper zur Einstufung als „schlecht“.

Die nahezu flächendeckende Verfehlung des guten chemischen Zustands der Oberflächengewässer – im Elbegebiet 100 Prozent der Wasserkörper – wird allein schon durch zu hohe Quecksilberbelastung verursacht. Die hohe Hintergrundbelastung durch chemische Substanzen ist für aquatische Lebensgemeinschaften äußerst problematisch und begrenzt in vielen Fällen den Erfolg von Renaturierungsmaßnahmen.

## Integration des Gewässerschutzes gescheitert

Angesichts dramatisch niedriger Zielerreichungsgrade sind nicht nur die Wasserbehörden in Erklärungsnot. Auch Umweltverbände stellen sich die Frage, wie sich mit Blick auf nahezu flächendeckend rote Karten die erreichten Erfolge, aktuelle Verschlechterungen und künftige Herausforderungen der Öffentlichkeit vermitteln lassen. Die zentrale Herausforderung für das Erreichen von mehr Gewässerschutz im Flussgebietsmanagement liegt weniger im unmittelbaren

Verantwortungsbereich der Wasserbehörden und der Wasserwirtschaft, sondern vor allem in der Integration verschiedener Politikfelder. Eine herausragende Rolle haben hierbei die Landwirtschafts- und die Energiepolitik.

Die Integration des Gewässerschutzes ist bei der Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik 2013 und 2014 nahezu vollends gescheitert. Damit bleiben bei der förderpolitischen Rahmensetzung die Weichen bis ins Jahr 2021 falsch gestellt. Die EU-Agrarsubventionen belaufen sich laut dem Netzwerk FarmSubsidy auf rund 59 Milliarden Euro pro Jahr. Auch die dringend notwendige Novelle der Düngerverordnung (DüV) lässt nur bescheidene Fortschritte erwarten, immerhin aber die Einbeziehung der Gärreste aus Biogasanlagen in den Regelungsbereich der DüV. Die für den Gewässer- und den Meeresschutz notwendige drastische Reduzierung der Nährstoffausträge ist nicht absehbar.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien wirkt die exzessive Biomasseförderung durch die von allen Stromkunden zu zahlende EEG-Umlage trotz Deckelung des Ausbaus im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) immer noch fatal, und dies auf Jahre hinaus. Für die Wasserkraftnutzung sollten bei der Umsetzung von Artikel 9 der WRRL in allen Landeswassergesetzen Wassernutzungsentgelte erhoben werden, mit dem Ziel, eine Lenkungswirkung zu entfalten und auch eine Finanzierungsfunktion für den Gewässerschutz auszuüben. Wasserkraftanlagen in Wanderkorridoren sollten auf der Grundlage des EEG von 2014 (§ 36 „Fernsteuerbarkeit“) in den Nachtstunden vom Netz genommen werden. Standortbezogen sind Voraussetzungen zu schaffen, die eine schadhafte Passage für die Fischfauna gewährleisten und größere Pegelschwankungen vermeiden.

## Mängel der Praxis

Die herausragende Bedeutung der Gewässerökosysteme für den Erhalt der Biodiversität wird gemeinhin unterschätzt. Auen und Ufer sind als elementare Bestandteile der Gewässerökosysteme un-

verzichtbar, etwa für den Lebenszyklus von Wasserinsekten, und brauchen weitaus mehr naturnahe Entwicklung. Gewässersysteme mit ihren Auen bilden maßgebliche grüne Korridore im europaweiten Biotopverbund, sowohl im Wasser als auch am Land.

Die viel beschworenen Synergien zwischen vorbeugendem Hochwasser- und Gewässerschutz werden in der Praxis zu wenig genutzt. Auch die Planentwürfe zum Hochwasserrisikomanagement bleiben hinter den Erwartungen an eine Koppelung der Ziele deutlich zurück. Eine erste Einschätzung des WWF zum nationalen Hochwasserprogramm weist auf Potenziale für mehr Raum für die Flüsse hin, zeigt aber auch auf, dass an vielen Flüssen Chancen für die Fluss-Auen-Ökosysteme nicht genutzt oder verbaut werden.

Auf der Folgeveranstaltung der Grünen Liga am 27. Mai in Berlin stehen unter anderem Zielvorstellungen für Gewässer und Auen in Deutschland, die WRRL und Natura-2000-Umsetzung, gute Praxisbeispiele, Bundeswasserstraßen und erste Einschätzungen zu den Planentwürfen verschiedener Flussgebiete und Bundesländer auf dem Programm.<sup>(2)</sup>

- ▶ (1) [www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de): Vorträge und Impulsbeiträge für die Diskussion. Die Veranstaltung wurde vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt finanziell unterstützt.
- ▶ (2) [www.flussaktionen.de](http://www.flussaktionen.de): Hier können Gewässerschützer, Höhlenforscher und Wasser-in-Bürgerhand-Aktivist\*innen bundesweit Aktionen zum Gewässerschutz einstellen und bewerben. Ausgewählte Flussbotschafter können ihre Botschaften im Herbst an Bundestagsabgeordnete übermitteln.

Tobias Schäfer arbeitet in der Bundeskontaktstelle Wasser der Grünen Liga in Berlin.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 40393530,  
E-Mail: [wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de),  
[www.grueneliga-berlin.de](http://www.grueneliga-berlin.de)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## R wie Risikoabschätzung

Kann trotz klimatischer Änderungen eine sichere Trinkwasserversorgung gewährleistet werden? Auf welche Weise sind Kläranlagen vom Klimawandel betroffen? Und was bringt eine »wassersensible Stadtentwicklung«? Die Siedlungswasserwirtschaft muss sich in besonderem Maße Fragen zur Anpassung an den Klimawandel stellen. Peter Krebs und Friedrich-Wilhelm Bolle stellen neben Methoden zur Risikoabschätzung verschiedene übertragbare Strategien und Maßnahmen für eine anpassungsfähige Siedlungswasserwirtschaft vor.

F.-W. Bolle, P. Krebs (Hrsg.)  
**Siedlungswasserwirtschaft klimarobust gestalten**  
Methoden und Maßnahmen zum Umgang mit dem Klimawandel

210 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-729-7

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Moorschutz

# Kompost lässt Pflanzen gedeihen

Wenn Gärtner auf Torf verzichten, schützen sie das Klima und die biologische Vielfalt

**Wer für den Blumentopf oder Balkon Erde benötigt, dem bieten Gartencenter und Baumärkte ein großes Angebot verschiedener Erzeugnisse. Die meisten enthalten hohe Anteile an Torf, der aus Mooren entnommen wird. Dabei gibt es durchaus Alternativen. Naturschützerinnen und Naturschützer entwickelten für die Moore im Allgäu, in Norddeutschland und im Baltikum zukunftsweisende Ideen und Produkte. ■ VON GWENDOLIN DETTWEILER, ALLGÄUER MOORALLIANZ**

In Deutschland werden für den Garten- und Hobbygartenbau jährlich rund zwölf Millionen Kubikmeter Torf verbraucht, der auf circa 40.000 Hektar Moorflächen – etwa 40.000 Fußballfeldern – abgebaut wird. Torf wächst zwar nach, allerdings dauert es ungefähr 1.000 Jahre, bis ein ein Meter mächtiger Torfkörper entsteht. Beim Abbau werden dagegen in wenigen Jahren mehrere Meter dicke Torfschichten abgetragen. Fünf gute Gründe sprechen für die Verwendung torffreier Erden.

- ▶ **Moorschutz ist Klimaschutz:** Aus den Mooren stammt der Torf, der in jeder herkömmlichen Blumenerde enthalten ist. Für den Abbau werden die Moore entwässert – und in entwässerten Mooren wird der Torf zersetzt und geht als Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in die Luft. Das passiert in kürzester Zeit auch mit dem Torf, der als Blumenerde verwendet wird. Jeder Hektar entwässertes Moor produziert pro Jahr so viel CO<sub>2</sub> wie ein Mittelklassewagen, mit dem 20.000 Kilometer im Jahr gefahren werden.
- ▶ **Moorschutz erhält die Vielfalt des Lebens:** Moore sind wertvolle, unersetzliche Lebensräume für eine ganze Reihe seltener Tier- und Pflanzenarten. Moorbewohner sind Spezialisten – etwa der Sonnentau, eine fleischfressende Pflanze, oder Schmetterlinge wie der Hochmoor-Gelbling. In Mitteleuropa wurden bereits 95 Prozent der Moore entwässert und so der Lebensraum für diese Spezialisten zerstört.
- ▶ **Moorschutz ist Hochwasserschutz:** Moore haben eine extrem hohe Wasserspeicherfähigkeit. Wie ein riesiger

Schwamm in der Landschaft wirken sie als natürliche Wasserrückhaltegebiete und verzögern den Abfluss. Das führt dazu, dass bei Hochwasserereignissen die Wassermassen nicht alle auf einmal an den großen Flüssen ankommen, und verringert so die Pegelstände – oft auch an den kritischen Stellen.

- ▶ **Torffreie Blumenerde unterstützt die regionale Kreislaufwirtschaft:** Im Garten fällt jedes Jahr frischer Kompost an. Ein wesentlicher Bestandteil torffreier Blumenerden ist das Kompostmaterial. Dieses sowie Rindenmulch, Rindenhumus, Holzhäcksel und Holzfasern, die ebenfalls für torffreie Blumenerde nötig sind, werden aus regionalen Abfallstoffen gewonnen (Gartenkompost, Landschaftspflegematerial und mehr). Werden diese Stoffe vermehrt für Blumenerde aufbereitet, schließen sich regionale Stoffkreisläufe.
- ▶ **Torffreie Blumen- und Pflanzenerde unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe:** Werden regionale Rohstoffe verwendet, reduziert sich der Transportweg und in der Region ansässige Unternehmen werden unterstützt. Eine sorgfältig ausgewählte Mischung hochwertiger Rohstoffe sichert die hohe Qualität – damit nicht nur die Moore, sondern auch die Regionen erblühen.

## Torffreie Erden – Zusammensetzung und Eigenschaften

Damit Zier- und Nutzpflanzen auf dem Balkon oder im Blumentopf gedeihen, sind Torf und torfhaltige Erdsubstrate gar nicht erforderlich. Torffreie Erden haben sich im Hobbygartenbau längst be-

währt. Anstelle torfhaltiger Erden eignen sich Mischungen aus Grüngutkompost, Rindenkompost, Holzfasern und Kocosfasern. Wissenschaftliche Versuche, beispielsweise an der Fachhochschule Weihenstephan-Triesdorf sowie praktische Erfahrungen zeigen, dass im Freizeitgartenbereich mit diesen torffreien Erden vergleichbare Ergebnisse erzielt werden und auf Torf vollständig verzichtet werden kann.

Für torffreie Erdsubstrate eignen sich folgende Bestandteile: **Nährstoffreicher Grüngutkompost** – dieser wird aus Gras- und Rasenschnitt, Gehölz- und Hecken-schnitt und Herbstlaub hergestellt. Diese pflanzlichen Materialien fallen bei der Pflege von Gärten und Grünanlagen an. In Kompostierwerken werden sie nach einer kontrollierten Rotteführung bei einer Temperaturentwicklung bis etwa 70 Grad in hygienisch einwandfreien Kompost umgewandelt. Dieser ist frei von keimenden Pflanzensamen und Pflanzenkrankheiten. Er enthält alle von den Pflanzen bei ihrem Wachstum benötigten Haupt- und Spurennährstoffe. Wegen seines teilweise sehr hohen Nährstoffgehaltes und pH-Wertes und der geringen Strukturstabilität kann Kompost nur in Mischung mit anderen geeigneten Stoffen in Blumenerden verwendet werden.

Bei der Holzernte und Holzverarbeitung entsteht **strukturstabiler Rindenkompost** aus anfallender Baumrinde, insbesondere Nadelholzrinde. Er eignet sich nach einer ein- bis zweijährigen Kompostierung hervorragend zur Beimischung in Erdsubstrate. Rindenkompost besitzt – ähnlich wie Torf – eine hohe Strukturstabilität und einen stabilen pH-Wert, die Wiederbenetz-

barkeit ist sogar besser als bei Torf. Der Anteil an Rindenkompost kann in torffreien Substraten bis zu 50 Prozent betragen. Nur der hohe Mangengehalt aus dem Holz, der bei Pflanzen einen Eisenmangel bedingen kann, begrenzt die Beimischmenge. Das RAL-Gütezeichen garantiert ein qualitätsgeprüftes Produkt. Im Zuge der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen wird Baumrinde in großen Mengen für Holzheizanlagen verwendet. Der dadurch gestiegene Rohstoffpreis schlägt sich auf den Preis der Erdsubstrate nieder, die Rindenkompost enthalten.

Im Vergleich zu Rindenkompost enthält frische Baumrinde wachstumshemmende Gerbsäure und Harze und wird als Rindenmulch in Staudenbeeten und Gehölzpflanzungen oberflächlich ausgebracht, um Unkrautwuchs zu verringern.

Werden dem Substrat **Holzfasern aus heimischem Rohstoff** beigemischt, bewirkt dies einen höheren Luftanteil. Trocknet die Erdenmischung versehentlich aus, wird das Material mit Holzfasern schneller wiederbenetzt als in Torfsubstraten. Wird die Pflanze zu stark gegossen, verhindert eine hohe Wasserdurchlässigkeit der Holzfasern zudem einen Wasserstau. Substrate, die Holzfasern enthalten, trocknen jedoch schneller ab und müssen eventuell etwas häufiger gegossen werden.

In Erdsubstrate und Kompost beigemischt verbessern **Kokosfasern** ebenso wie Holzfasern die Belüftung und Wasserdurchlässigkeit. Das bei der Kokosernte zwischen den Fasern befindliche Feinmaterial, auch **Kokosstaub oder Cocopeat** genannt, hat annähernd gleiche Eigenschaften wie Torf und vermag diesen zu 100 Prozent zu ersetzen. Allerdings sind die bei der Kokosnussernte anfallenden Mengen sehr begrenzt. Cocopeat wird zu Blöcken gepresst und so verschickt.

### Worauf müssen Konsumenten achten?

Torffreie Erdsubstrate können durch die verschiedenen Anteile an Kompost und Holz- oder Kokosfasern eine gröbere und wechselnde Struktur gegenüber den meist sehr einheitlichen torfhaltigen Blumenerden aufweisen. Dies bedeutet aber keinen Mangel.

Torffreie Erdsubstrate können durch den Kompostanteil auch deutlich schwerer sein als Torfsubstrate. Der Vorteil ist: Kübelpflanzen und Pflanzgefäße erhalten dadurch eine höhere Standfestigkeit und fallen nicht so schnell um.

Durch den Kompostanteil können torffreie Substrate vorübergehend einen dafür typischen Geruch entfalten. Dieser verschwindet gewöhnlich nach kurzer Zeit. Werden torffreie Erdsubstrate längere Zeit gelagert, verändert sich durch die biologischen Prozesse im Kompostanteil die Nährstoffzusammensetzung, torffreie Substrate sind also nur begrenzt haltbar.

### Kompost bereitet den besseren Boden

Torf taugt nicht zur Bodenverbesserung, denn Ballentorf oder Düngetorf, der dafür angeboten wird, enthält keine Nährstoffe. In den Boden eingearbeitet, ist die angegebene lockernde Wirkung nur von kurzer Dauer, weil sich die Torfmoosstrukturen unter Sauerstoffeinfluss rasch zersetzen – und so vor allem das klimaschädliche CO<sub>2</sub> freisetzen.

Um den Boden zu verbessern, ist Kompost das geeignetere Mittel. Regelmäßige Kompostgaben fördern die Aktivität der Bodenorganismen und schaffen dadurch einen lockeren, krümeligen und fruchtbaren Boden. Dabei ist Kompost gleichzeitig wegen seines hohen Nährstoffgehaltes ein guter Dünger. Wer Garten- und Küchenabfälle nicht im eigenen Garten zu Kompost aufbereitet, kann auf den in Kompostwerken in der Region hergestellten Kompost zurückgreifen. Dieser hat zudem den Vorteil, dass er durch die thermische Behandlung unkraut- und schädlingsfrei ist.

### Blick über den Tellerrand

Die Allgäuer Moorallianz ist einer von fünf Siegern im bundesweiten Wettbewerb „chance.natur – Zukunftspreis Naturschutz“. Der gemeinsam von Bundesumwelt- und -landwirtschaftsministerium initiierte Wettbewerb will neue, zukunftsweisende Konzepte für Naturschutzgroßprojekte in Deutschland anstoßen. Nachhaltige regionale Wert-

schöpfung vor allem in Landwirtschaft und Tourismus spielen dabei im Naturschutz eine große Rolle.

Doch nicht nur der Schutz der Moore im Allgäu, sondern auch der Moore in Norddeutschland und dem Baltikum liegen den Projektverantwortlichen am Herzen.

Unter dem Motto „global denken, regional handeln“ hat die Allgäuer Moorallianz gemeinsam mit Partnern wie den Kreisfachberatungen der Landkreise, dem Bund Naturschutz, dem Landesbund für Vogelschutz und weiteren Akteuren eine Imagekampagne zum Thema „torffreie gärtner“ initiiert.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, hat die Allgäuer Moorallianz mit einem regionalen Erdenhersteller die Allgäuer torffreie Blumen- und Pflanzerde entwickelt. Leitgedanke war: „Aus der Region für die Region“. Abgefüllt in 20- und 45-Litergebinden werden die überwiegend aus der Gegend stammenden nachwachsenden Rohstoffe wie Kompost, zertifiziert nach RAL-Gütesicherung, Holzfasern und Rindenhumus im Erdenwerk in Buchenberg bei Kempten im Allgäu zu einem hochwertigen Substrat gemischt. Die verwendeten Torfersatzmaterialien und organischen Dünger sind zudem alle für den biologischen Anbau zugelassen.

Die Diplom-Agraringenieurin Gwendolin Dettweiler arbeitet seit 2010 als Regionalmanagerin bei der Allgäuer Moorallianz. Zu den wichtigsten Aufgaben des Regionalmanagements gehören die Begleitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Wertschätzung und Wertschöpfung im chance.natur-Projekt Allgäuer Moorallianz.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)8342 / 911-465,  
E-Mail: gwendolin.dettweiler  
@ira-oal.bayern.de,  
www.moorallianz.de



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Kreislaufpaket**Umweltausschuss will Ressourceneffizienz**

■ Die Abgeordneten des Umweltausschusses des EU-Parlaments haben ein erstes Positionspapier zum Kreislaufpaket der EU-Kommission verabschiedet. Sie legen besonders auf Ressourceneffizienz Wert und fordern ein verpflichtendes Ziel, die Ressourcenproduktivität bis 2030 um 30 Prozent zu erhöhen. Bis 2019 soll die Kommission Indikatoren zu Ökosystemdienstleistungen, Import und Export von Materialien sowie für die gesamte Produktlebensdauer entwickeln. Das Positionspapier enthält zudem Forderungen nach höheren Recyclingzielen für Kommunalabfälle, einem strengen Deponierungsverbot, mehr Herstellerverantwortung und einer Überarbeitung der Ökodesignrichtlinie. Die Abstimmung im Plenum des Parlaments über den Vorschlag ist für Juni angesetzt. [es]

► [www.kurzlink.de/EU-Par-Kreislaufentw](http://www.kurzlink.de/EU-Par-Kreislaufentw)

Abfallaufkommen**EU verzeichnet höchste Recyclingquote**

■ 481 Kilogramm an Abfällen verursachte jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger im Jahr 2013. Das zeigen die neuesten Zahlen zu Siedlungsabfällen des Europäischen Statistikamtes. Damit konnten die EU-Mitgliedstaaten erneut das Abfallaufkommen reduzieren. Seit 2007 produzieren die EU-BürgerInnen kontinuierlich weniger Abfall. Parallel dazu steigen die Recycling- und Kompostquoten in der EU. 43 Prozent der Siedlungsabfälle insgesamt wurden stofflich verwertet, in Deutschland waren es fast zwei Drittel.

Die Behandlungsmethoden unterscheiden sich von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat

deutlich. Schlusslichter wie Griechenland, Rumänien und Malta deponieren noch über 80 Prozent ihrer Siedlungsabfälle. Länder wie Schweden und Dänemark verbrannten die Hälfte ihres Abfallaufkommens. [es]

► [www.kurzlink.de/Eurostat-Abfall-2013](http://www.kurzlink.de/Eurostat-Abfall-2013)

Chemische Weichmacher**Kommt ein Importverbot?**

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) erwägt, die Verwendung und die Einfuhr von vier Phtalaten in Konsumartikeln komplett zu verbieten. Diese Kunststoffweichmacher gelten als höchst gesundheitsgefährdend. Die ECHA prüft die Substanzen DEHP, DIBP, DBP und BBP, die hormonell wirksam sind und die Fortpflanzung beeinträchtigen. Je nachdem, was bei der Risikobewertung der giftigen Stoffe herauskommt, könne sich ein Verbot auf bestimmte Produkte beziehen, denen die Bevölkerung hauptsächlich ausgesetzt ist, oder auf alle Waren, die diese Phtalate enthalten, hieß es bei der ECHA.

Bereits jetzt sind nach der EU-Richtlinie 2005/84 EG drei gesundheitsgefährdende Phthalate, nämlich DEHP, DBP und BBP in Spielzeug generell verboten. DIBP wurde in Lebensmittelverpackungen aus Papier und Pappe nachgewiesen. Für die Verwendung in anderen Produkten erlaubt die EU-Richtlinie jedoch Ausnahmen. Im Fall von DEHP, das als Weichmacher in PVC, also beispielsweise Fußbodenbelägen eingesetzt wird, steht eine Entscheidung der EU-Kommission aus.

Umweltverbände kritisierten die bisherigen Empfehlungen der ECHA. Dass die Behörde jetzt über ein Einfuhrverbot nachdenke, widerspreche der bisherigen Feststellung, die Gefahren für Verbraucher seien unter Kontrolle, sagte Tatiana Santos vom Europäischen Umweltbüro (EEB). Sie forderte die ECHA auf, die kumulative Wirkung von Phtalaten und deren Auswirkungen auf den Hormonhaushalt zu berücksichtigen.

Dänemark hatte in der Sache Druck gemacht. Das Land, das sich für ein generel-

les Verbot der vier Weichmacher einsetzt, musste im vergangenen Jahr nach einem EU-Gerichtsurteil ein nationales Verbot wieder aufheben. Auch das Umweltbundesamt in Deutschland weist seit Langem auf die Gesundheitsgefahr durch Phtalate hin. [mbu]

► [www.kurzlink.de/ECHA-Liste-Phtalate](http://www.kurzlink.de/ECHA-Liste-Phtalate)

► Dänisches Umweltministerium:  
[www.kurzlink.de/DK-UM-Phthalate](http://www.kurzlink.de/DK-UM-Phthalate)

► [www.umweltbundesamt.at/pvcweichmacher](http://www.umweltbundesamt.at/pvcweichmacher)

Herbizide**Erzeugt Glyphosat Krebs? – WHO und EU uneinig**

■ Krebsforscher der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben das Herbizid Glyphosat als „wahrscheinlich krebserzeugend“ eingestuft. Kurz zuvor hatte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) das Pflanzenschutzmittel als nicht gesundheitsgefährdend bezeichnet.

Glyphosat ist das meistverkaufte Totalherbizid weltweit. Jetzt hat die Internationale Agentur für Krebsforschung (IACR) der WHO Glyphosat das zweithöchste Potenzial für Krebserzeugung ihrer insgesamt fünf Stufen zugeschrieben. Europäische Umweltverbände fordern bereits seit Längerem ein Verbot der Chemikalie und kritisieren ebenso wie die Grünen das BfR. Das BfR hat auf EU-Ebene beratende Funktionen für Glyphosat. Durch die Einstufung des deutschen Instituts steht eine Neuzulassung des Stoffes in der EU im Jahr 2016 im Raum.

Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA im EU-Parlament warnt davor: „Sollte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit auf dieser Grundlage eine Zulassungsempfehlung aussprechen, ignoriert sie damit neueste Erkenntnisse und das europäische Vorsorgeprinzip. Andere Studien zeigten beispielsweise, dass Glyphosat die Qualität von Setzlingen beeinträchtigt und die Hodenfunktion von Ratten bei sehr geringer Konzentration schädigt. Vom BfR wurden allerdings viele der aktuelleren Studien

nicht in die Bewertung einbezogen.“ (Siehe auch nebenstehenden Kommentar) [es]

► Bericht der IACR: [www.iarc.fr/en/media-centre/iarcnews/pdf/MonographVolume112.pdf](http://www.iarc.fr/en/media-centre/iarcnews/pdf/MonographVolume112.pdf)

► [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)

### Gifffreie Kleidung

## Große Modeketten hui, Luxusmarken pfui

■ Die Umweltorganisation Greenpeace zieht nach knapp vier Jahren eine gute Zwischenbilanz ihrer Kampagne Detox, die sich für eine giftfreie Kleiderherstellung einsetzt. Bisher haben sich insgesamt 20 internationale Modemarken dazu verpflichtet, bis 2020 ohne gesundheits- und umweltgefährdende Substanzen zu produzieren. 16 Firmen haben mit dem giftfreien Produktionsverfahren begonnen oder dieses bereits ganz umgestellt. Dazu zählen große Modeketten wie H&M und Zara. Bei den in der Textilindustrie eingesetzten Stoffen handelt es sich um Alkylphenolethoxylate, Weichmacher sowie per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC), die durch die Abwässer der Industrie in Flüsse und Grundwasser gelangen. Sie können hormonell wirken oder Krebs auslösen und gefährden dadurch Umwelt und Mensch. Schlusslicht der Bewertungsskala von Greenpeace bilden hochpreisige Klamottenmarken wie Armani oder Calvin Klein. Diese haben bisher keine Verpflichtungserklärung abgegeben. [es]

► [www.greenpeace.de/kampagnen/detox](http://www.greenpeace.de/kampagnen/detox)

### Phthalate

## Rechtsstreit um EDC-Klassifizierung

■ Ist der Plastikweichmacher DEHP hormonell wirksam für die Umwelt? Ja, sagt die Europäische Chemikalienagentur (ECHA). Nein, sagt der tschechische Phthalatprodu-

## Glyphosat verbieten!

### „Wahrscheinlich krebserzeugend beim Menschen“ – das Urteil der WHO vom März 2015 über Glyphosat hat es in sich, sagt Heike Moldenhauer vom BUND.

Nicht nur für Monsanto, das den weltweit am meisten eingesetzten Wirkstoff in Unkrautvernichtungsmitteln, seit 1974 unter dem Handelsnamen „Roundup“ vermarktet, und andere Pestizidhersteller, die 2011 zusammen 650.000 Tonnen produzierten und für 2017 die doppelte Menge anstreben. Sondern auch für die deutschen Zulassungsbehörden, die Glyphosat seit über 20 Jahren immer wieder Unbedenklichkeit attestieren. Deutsche Behörden hatten die Federführung beim EU-Erstzulassungsverfahren (1993–2002) für Glyphosat und haben sie auch im gegenwärtig laufenden Wiederzulassungsverfahren. Übrigens auf Wunsch der Chemieindustrie, die sich das Land aussuchen darf, das ihre Zulassungsanträge bewertet.

Einen Freispruch erster Klasse stellte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) – zuständig für die gesundheitliche Bewertung – Glyphosat im Jahr 2014 aus: „Es gibt keine fachlich fundierten Hinweise auf mutagene, krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Eigenschaften und auch keine Hinweise auf endokrin (hormonell) wirksame Eigenschaften.“ Nach dem Motto „Glyphosat – jetzt noch ungefährlicher“ empfahl das BfR, den Grenzwert für die Menge an Glyphosat, die ein Mensch täglich aufnehmen kann, ohne gesundheitlich Schaden zu nehmen, von 0,3 auf 0,5 Milligramm (mg) pro Kilogramm Körpergewicht anzuheben. Praktische Konsequenz: Je höher der von den Behörden festgelegte Grenzwert, desto mehr Glyphosat darf gespritzt und verkauft werden.

„Keine fachlich fundierten Hinweise“ – mit dieser Formulierung schmettert das BfR fast schon routinemäßig alle Studien unabhängiger Wissenschaftler ab, die auf mit Glyphosat verbundene Gesundheitsgefahren verweisen. Als „fachlich fundiert“ gelten den deutschen Behörden fast ausnahmslos Industriestudien. Diese sogenannten regulatorischen Studien werden eigens für das Zulassungsverfahren von Pestiziden erstellt, entweder von den Herstellern selbst oder durch von ihnen beauftragte Labore. Die Firmen müssen darin die Unbedenklichkeit ihrer Wirkstoffe nachweisen. Diese Studien werden nicht veröffentlicht, einzig die Behörden bekommen sie

zu Gesicht. Eine Überprüfung durch unabhängige Wissenschaftler ist nicht möglich, herausgegeben werden lediglich zusammenfassende Berichte, nicht aber Originaldaten oder Originalstudien.

Hinweise auf durch Glyphosat ausgelöste Krebsarten gibt es seit Langem. Doch leugneten sowohl Behörden als auch Hersteller stets ein Krebsrisiko. Die bei der Weltgesundheitsorganisation WHO angesiedelte Agentur für Krebsforschung ist jetzt die erste Institution, die Glyphosat in die zweithöchste Gefahrenklasse einordnet. Sie stützt sich in ihrer Bewertung auf drei epidemiologische Studien aus den USA, Kanada und Schweden sowie auf Tierversuche. Die Reaktionen des BfR und der Glyphosate Task Force, einem Zusammenschluss aller Glyphosatproduzenten mit dem Ziel, den Wirkstoff durch das EU-Wiederzulassungsverfahren zu bringen, folgten prompt. Sie gleichen sich aufs Haar: Die WHO-Einstufung stehe erstens im Widerspruch zu allen Einschätzungen aller Zulassungsbehörden weltweit. Und zweitens läge den Behörden eine weitaus größere Menge an Studien vor, die keinen Zusammenhang zwischen Glyphosat und Krebs herstellten. Dass es sich dabei um Industriestudien handelt, bringt ausgerechnet die Glyphosate Task Force auf den Punkt: Die WHO habe „lediglich eine Auswahl öffentlich zugänglicher Informationen“ geprüft. Die Ämter verfügten aber über mehr Untersuchungen und „diese Studien liefern den eindeutigen Nachweis, dass Glyphosat kein genotoxisches oder kanzerogenes Potenzial besitzt“.

Und jetzt? Nach der EU-Pestizidverordnung ist die Einstufung als „krebserregend“ ein absoluter Verbotgrund; nach dem EU-Vorsorgeprinzip müssen die Behörden auch dann schon tätig werden, wenn der letzte Beweis für die Gesundheitsschädlichkeit eines Stoffes noch nicht vorliegt. Und natürlich kommt eine EU-Wiederzulassung von Glyphosat, die eigentlich 2015 ausgesprochen werden sollte, nach dem Urteil der WHO-Experten nicht mehr infrage.

**Heike Moldenhauer ist Leiterin der Gentechnikpolitik des BUND. [www.bund.net/aktiv\\_werden/aktionen/glyphosat\\_verbieten](http://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/glyphosat_verbieten)**

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## L wie Lebenskultur

Die meisten Menschen teilen die Vision einer friedlichen, fairen und ökologisch ausgerichteten Zukunft. Aber vermeintlich unabänderliche Gewissheiten – etwa die Glücksversprechen der Konsumgesellschaft, die Notwendigkeit eines Zinssystems oder die angenommenen Sonderrechte unserer Gattung – hindern uns daran, entsprechend zu handeln. Gängige psychologische, ökonomische und ethische Überzeugungen unserer Zeit gehören daher auf den Prüfstand – um Visionen einer neuen Lebenskultur umzusetzen.

P. Schmuck  
**Die Kraft der Vision**  
 Plädoyer für eine neue Denk- und  
 Lebenskultur

112 Seiten, broschiert, 14,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-711-2

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

  
 Die guten Seiten der Zukunft

zent Deza. Deshalb zog das Unternehmen jetzt vor den Gerichtshof der EU.

Deza ficht die Behauptung der ECHA an, dass das Phthalat DEHP auf die Liste der endokrinen Disruptoren (EDC) innerhalb der EU-Chemikalienregulierung REACH gehöre. Der ECHA-Ausschuss der Mitgliedstaaten hatte im Dezember 2014 eine Gruppe von Phthalaten – darunter DEHP – als hormonell wirksam für die Umwelt eingestuft. DEHP ist bereits als fortpflanzungsgefährdender Stoff gelistet. Die Industrie befürchtet weitere Einschränkungen der Anwendung durch die EDC-Klassifizierung, zum Beispiel in der Herstellung von PVC für Schuhe oder Fußböden.

Die EU-Kommission ist stark im Verzug, verbindliche Kriterien für EDC festzulegen. Auch zu der Entscheidung von ECHA hat sie noch nicht Stellung genommen. Dies hat die tschechische Firma vor Gericht bemängelt. [es]

► [www.kurzlink.de/Gericht-DEHP-Deza](http://www.kurzlink.de/Gericht-DEHP-Deza)

### Luftverschmutzung

## Jährlich 430.000 Tote in EU

■ Laut der Europäischen Umweltagentur (EUA) verursachte die Luftverschmutzung allein durch Feinstaub im Jahr 2011 etwa 43.000 vorzeitige Todesfälle in der EU. Die Daten stammen aus dem aktuellen SOER-Bericht zum Zustand der Natur in Europa, der Anfang März veröffentlicht wurde (umwelt aktuell 04/2015, S. 21). Zwar weist der Bericht zahlreiche Verbesserungen in umweltrelevanten Belangen auf, es gibt allerdings auch viele negative Fakten und Trends. Demnach verursachen Luft- und Lärmbelastung in städtischen Gebieten auch weiterhin ernste gesundheitliche Schäden.

Die Exposition gegenüber Lärm etwa verursache jährlich mindestens 10.000 vorzeitige Todesfälle aufgrund von Herz-erkrankungen. Zudem hat die EUA einen Zusammenhang zwischen dem steigenden Einsatz von Chemikalien, insbesondere in Konsumgütern, und der Zunahme hormo-

nell bedingter Erkrankungen und Störungen beim Menschen festgestellt.

Die EUA geht nicht davon aus, dass die von der EU geplanten Verbesserungen der Luftqualität ausreichen, um anhaltende Schäden zu vermeiden, da gleichzeitig die Auswirkungen des Klimawandels diese verschlimmern würden. [Quelle: UWD, ej]

► SOER 2015: [www.eea.europa.eu/soer-2015/synthesis/die-umwelt-in-europa-zustand](http://www.eea.europa.eu/soer-2015/synthesis/die-umwelt-in-europa-zustand)

### Schiffsverkehr

## Scrubber bieten keine Lösung

■ Hohe Schwefel- und Rußpartikelemissionen machen den Schiffsverkehr zu einem der größten Luftverschmutzer in der EU. Aus neuesten Studien ergeben sich schlechte Prognosen für weitere Grenzwertüberschreitungen von Luftschadstoffen.

Problematisch sind die zu hohen Schwefelemissionen in der Schifffahrt. Um diese zu begrenzen, hat die EU-Kommission seit dem ersten Januar 2015 den Höchstwert für den Ausstoß auf 1,5 Prozent verschärft. Eine potenzielle Lösung zur Verringerung des Schwefelanteils in Schiffsabgasen sollten Abgaswäscher, sogenannte Scrubber, sein. Der NABU hat diese nun in einer Studie als ungeeignet deklariert. Die ökologischen Risiken würden ignoriert, während die ökonomischen Erwartungen überschätzt würden, so das Fazit des NABU.

„Scrubber sind auch deshalb abzulehnen, weil sie es den Reedern ermöglichen, weiterhin mit Schweröl zu fahren, anstatt in höherwertige Kraftstoffe und umweltfreundliche Antriebstechnologien zu investieren“, sagte NABU-Verkehrsexperte Daniel Rieger. Weiterer Verschmutzungsfaktor der Schiffsindustrie ist der Ausstoß von Dieselrußpartikeln. Einen Anteil von bis zu 13 Prozent weltweit trägt allein die Schifffahrt. Dieser Wert kann sich bis 2050 verdreifachen, so die WissenschaftlerInnen einer neuen Studie des International Council on Clean Transportation (ICCT).

Die EU sowie die Internationale Meereschutzorganisation der Vereinten Nati-

onen (IMO) planen die Regulierung von Rußpartikelemissionen. Die Schifffahrtsindustrie versucht jedoch, dies zu verhindern. Umweltschutzorganisationen fordern deshalb die EU und die Bundesregierung dazu auf, an dem Vorhaben festzuhalten. Mithilfe von Rußpartikelfiltern können 99,9 Prozent der Rußverschmutzung verhindert werden, so NABU-Verkehrsexperte Dietmar Oelinger. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/ICCT-BC-shipping](http://www.kurzlink.de/ICCT-BC-shipping)
- ▶ [www.kurzlink.de/NABU-Scrubber-Studie](http://www.kurzlink.de/NABU-Scrubber-Studie)
- ▶ [www.kurzlink.de/NABU-Russ-Schiffahrt](http://www.kurzlink.de/NABU-Russ-Schiffahrt)

## EU-Luftpaket

### Lässt Parlament Methangrenzwert außen vor?

■ Die Ausschüsse im EU-Parlament diskutieren strittige Punkte des von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmenpakets zur besseren Luftqualität in der EU. Auf bindende Grenzwerte für Methan konnten sich die Abgeordneten bisher nicht einigen.

Die EU-Kommission hat in der Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) die Einführung eines Grenzwerts für das gesundheits- und klimaschädliche Methangas im Jahr 2020 geplant. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) lehnte diesen Vorschlag vorerst ab. Die Mitglieder befürchten eine zu hohe Belastung von Landwirten.

EU-ParlamentarierInnen aus dem Umweltausschuss befürworteten hingegen die geplante Methangasreduktion von 33 Prozent bis 2030. Eventuell wird der Methangrenzwert auch in das Energie- und Klimapakett integriert, sagte ein Kommissionsvertreter.

Einer Begrenzung von Quecksilber unter der NEC-Richtlinie haben die EU-ParlamentarierInnen zugestimmt. Wie hoch die Emissionsgrenzwerte für diesen Stoff ausfallen werden, ist noch unklar. Auch haben Abgeordnete beider Ausschüs-

se Flexibilitätsbestimmungen abgelehnt, die es Mitgliedstaaten erlauben würden, schädliche Emissionen aus dem Schiffsverkehr auf andere Verursacher von Schadstoffen umzulagern, damit die Gesamtbilanz der Grenzwerte im Rahmen bleibt.

Die entscheidende Abstimmung im EU-Parlament zur NEC-Richtlinie folgt Mitte Juli dieses Jahres. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/ITRE-Sitzungsdok](http://www.kurzlink.de/ITRE-Sitzungsdok)
- ▶ Sitzungsdokumente des Umweltausschusses: [www.kurzlink.de/ENV-Disc-NEC-Dir](http://www.kurzlink.de/ENV-Disc-NEC-Dir)

## Luftreinhaltung

### Berlin verliert Platz eins

■ Das europäische Städteranking zur Luftreinhaltung fiel klar zugunsten der Schweiz aus: Zürich liegt weit über den EU-Standards in Sachen Luftqualität. Platz zwei und drei belegten Kopenhagen und Wien, Berlin fiel im Vergleich zum vergangenen Jahr von dem ersten auf den fünften Platz. Die Ergebnisse wurden Ende März veröffentlicht.

Das Städteranking begutachtet alle fünf Jahre, wie sehr 23 europäische Städte die Grenzwerte von Feinstaub und Stickoxiden einhalten. Zürich hat besonders den Nahverkehr und Fahrradwege ausgebaut, gleichzeitig die Bestimmungen für stark luftverschmutzende Fahrzeuge wie Dieselautos und Lkws verschärft. Investitionen in umweltfreundliche Transportformen kämen in Deutschland zu kurz und seien unter anderem ein Grund, weshalb Berlin im Vergleich zum letzten Ranking 2011 zurückfiel, sagte BUND-Verkehrsexperte Werner Reh.

Der BUND ist gemeinsam mit acht weiteren europäischen Umweltorganisationen bei dem europäischen Projekt Clean Air aktiv, das das Ranking leitet. Die Umweltverbände betonten nach der Veröffentlichung der Ergebnisse, wie notwendig eine strenge europäische Gesetzgebung gegen weitere Luftverschmutzung sei. [es]

- ▶ [www.sootfreecities.eu](http://www.sootfreecities.eu)
- ▶ [www.kurzlink.de/BUND-Luftranking-PM](http://www.kurzlink.de/BUND-Luftranking-PM)

## Große Feuerungsanlagen

### Abgeschwächte Emissionsgrenzwerte

■ Nach einem neuen Vorschlag für Emissionsschutzrichtlinien will die EU einigen großen Feuerungsanlagen Ausnahmen bei Emissionsgrenzwerten gewähren. Das steht in dem Anfang April veröffentlichten Referenzdokument über die besten verfügbaren Techniken (BREF).

Die Ausnahmen betreffen Emissionsgrenzwerte für Schwefel- und Stickoxide. Anlagen, die einheimische Brennstoffe mit hohem Schwefelgehalt nutzen, müssen lediglich die Schwefelkonzentration verringern, sich jedoch nicht an den Grenzwert für Schwefeldioxid halten. Auch Kohleanlagen dürfen zu bestimmten Spitzenauslastungen Stickoxidwerte überschreiten.

Das Europäische Büro für die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IPPC) hat einigen Mitgliedstaaten wie Tschechien oder Bulgarien die Ausnahmen gewährt, weil sie besonders hohe Kosten für die Verbesserung ihrer Kohlekraftwerke befürchten.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte diese Abschwächung der Emissionsgrenzwerte scharf. Das IPPC strebe nicht den besten Umweltschutz an, sondern liege mit seinen Grenzwerten sogar unter denen von China und den USA.

Der Vorschlag wird im Juni erneut diskutiert, um die Standards bis zum Ende des Jahres festzulegen. Sie sollen ab 2020 gelten. [es]

- ▶ IPPC-Website: [www.eippcb.jrc.ec.europa.eu](http://www.eippcb.jrc.ec.europa.eu)

## GLOBALISIERUNG & EINE WELT

## Biokraftstoffe

### Tanken statt Essen?

■ Eine im Wissenschaftsmagazin Science veröffentlichte Studie zeigt, dass bisher die Methodik zur Erfassung der Kosten von ▶

Bioethanol die versteckten Kosten nicht genügend berücksichtigt. Diese schlagen vor allem in armen Ländern zu Buche und verschärfen Ernährungsprobleme.

Die WissenschaftlerInnen haben drei grundlegende Berechnungsmodelle analysiert. Demnach findet eine tatsächliche Emissionseinsparung durch Biokraftstoffe nur bei einer deutlichen Reduktion der Nahrungsmittelproduktion statt. Ohne diese Verringerung verursachen Biokraftstoffe mehr Emissionen als fossile Brennstoffe. 20 bis 50 Prozent der für die Produktion von Biokraftstoffen benötigten Energie werden nach den Berechnungen nicht durch Anpflanzung von zusätzlichen Nahrungsmitteln ersetzt. Dadurch steigen auf dem Weltmarkt die Preise für Nahrungsmittel. „Das trifft vor allem die Armen der Welt“, sagt Timothy Searchinger von der Princeton University.

Um PolitikerInnen auf diese kritischen Aspekte aufmerksam zu machen, fordern die WissenschaftlerInnen transparentere Modellberechnungen. [jb]

► [www.kurzlink.de/modellkritik-pu](http://www.kurzlink.de/modellkritik-pu)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA & ENERGIE

### UN-Klimaverhandlungen

## Staaten geben ihre Versprechen

■ Anfang April haben die USA verkündet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um 28 Prozent bis 2025 zu reduzieren. Sie waren damit das letzte Land, das sein Klimaversprechen für die Verhandlungen in Paris im Dezember abgegeben hat. Zwei Drittel der Industrie-

nationen, die für 65 Prozent der Treibhausgase verantwortlich sind, haben bisher die sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDC) abgegeben. Viele Länder mit hohen Emissionen fehlen jedoch noch, wie Indien, Brasilien, Japan, Australien und Kanada. Die Chefsekretärin der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) Christiana Figueres rechnet in den kommenden Monaten mit weiteren Ankündigungen. Mit diesen frühzeitigen Versprechen ist leichter abzuschätzen, ob das für Dezember erhoffte Klimaabkommen in der Lage sein wird, die Zwei-Grad-Grenze der globalen Erwärmung einzuhalten. Die Europäische Union versprach eine Emissionsreduktion von mindestens 40 Prozent bis 2030 gegenüber dem Basisjahr 1990. [lr]

► [www.kurzlink.de/unfccc-climatepledge](http://www.kurzlink.de/unfccc-climatepledge)

► [www4.unfccc.int/submissions/indc/Submission%20Pages/submissions.aspx](http://www4.unfccc.int/submissions/indc/Submission%20Pages/submissions.aspx)

### Klimaschutz

## Abgabe für Kraftwerke geplant

■ Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat vergangenen Monat angekündigt, eine Klimaschutzabgabe für fossile Kraftwerke einzuführen. Diese soll das von Deutschland angestrebte Klimaschutzziel einer Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes von 40 Prozent bis 2020 unterstützen. In seinen Plänen will Gabriel die Emissionen der etwa 500 fossilen Kraftwerke bis 2020 um insgesamt 22 Millionen Tonnen drosseln.

Gabriels Ankündigung stieß auf Protest von der Kohleindustrie und läuft nun Gefahr, verwässert zu werden. Davor warnt die globale Organisation zur Bekämpfung des Klimawandels 350.org und will mit unterschiedlichen Aktionen darauf aufmerksam machen. So kann man etwa einen Online-Aufruf an Bundeskanzlerin Merkel unterzeichnen. [lr]

► [www.350.org/de/kohle-weckt-zweifel-an-deutschlands-glaubwuerdigkeit-beim-klimaschutz](http://www.350.org/de/kohle-weckt-zweifel-an-deutschlands-glaubwuerdigkeit-beim-klimaschutz)

### Europäischer Emissionshandel

## Reform schreitet voran

■ Anfang April haben die informellen Trilogverhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission über die Schaffung einer Marktstabilitätsreserve im europäischen Emissionshandel (EHS) begonnen.

Zuvor einigten sich die Mitgliedstaaten der EU auf eine gemeinsame Position. Sie fordern, die Reserve 2021 zu starten. Die 900 Millionen Emissionszertifikate, die mit der Backloading-Entscheidung vom Markt genommen wurden, sollen direkt in die Marktstabilitätsreserve und nicht zurück auf den Markt überführt werden. Nicht zugewiesene Zertifikate sollen von der Kommission im Rahmen der anstehenden Revision der EHS-Richtlinie geprüft werden.

Das EU-Parlament forderte einen Beginn der Marktstabilitätsreserve schon 2019. Nichtregierungsorganisationen setzen sich für einen noch früheren Termin ein. Insgesamt sind drei informelle Verhandlungsrunden vorgesehen. Eine Entscheidung wird Ende Mai erwartet. [lr]

► [www.kurzlink.de/pm-rat-msr](http://www.kurzlink.de/pm-rat-msr)

► [www.register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%205654%202014%20INIT](http://www.register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&f=ST%205654%202014%20INIT)

### Biokraftstoffreform

## Vorläufige Einigung gefunden

■ Anfang April haben sich die EU-Mitgliedstaaten und der Umweltausschuss auf einen Kompromiss zur Biokraftstoffreform eingelassen. Die Mitgliedstaaten bestehen auf einer Deckelung von sieben Prozent für Biokraftstoffe der ersten Generation, die zu dem EU-Ziel beitragen dürfen, den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen im Verkehrssektor bis 2020 auf mindestens zehn Prozent zu erhöhen. Das EU-Parlament forderte bisher stets sechs Prozent, der Umweltausschuss stimmte nun jedoch den sieben Prozent zu.

Auch indirekte Landnutzungsänderungen werden nicht mit eingerechnet. Es soll lediglich eine Berichtspflicht bestehen.

Trotz der vielen Zugeständnisse seitens des Ausschusses begrüßen Nichtregierungsorganisationen die Entscheidung. Trees Robijns von BirdLife Europe sagte: „Der heute beschlossene Deal ist alles andere als perfekt, aber dahinter steckt eine klare Botschaft: Dies ist der Anfang des Endes von Biokraftstoffen der ersten Generation.“

Im Jahr 2008 setzte die EU das Ziel, dass bis 2020 zehn Prozent des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Quellen stammen sollen. Das veranlasste Mitgliedstaaten dazu, die Herstellung von Biokraftstoffen stark zu subventionieren. Die erhöhte Produktion von Biokraftstoffen führte jedoch zu indirekten Landnutzungsänderungen, die mehr Emissionen verursachen als Biokraftstoffe einsparen können.

Die Abstimmung des EU-Parlaments im Plenum und des Ministerrats zur Verabschiedung des Gesetzes war für Ende April, nach Redaktionsschluss, vorgesehen. [lr]

- ▶ [www.birdlife.org/sites/default/files/attachments/Bye\\_bye\\_bad\\_biofuels\\_Final.pdf](http://www.birdlife.org/sites/default/files/attachments/Bye_bye_bad_biofuels_Final.pdf)
- ▶ [www.kurzlink.de/eeb-biofuel-ref](http://www.kurzlink.de/eeb-biofuel-ref)

## Energieunion

### EU-Gipfel gibt Startschuss

■ Ende März haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den Kommissionsplänen für eine europäische Energieunion zugestimmt. Der Fokus des EU-Gipfels lag auf der Steigerung der Energieversorgungssicherheit innerhalb der EU. Laut den Schlussfolgerungen des Rates kann diese durch robuste Netze, erhöhte Energieeffizienz, die Nutzung heimischer Quellen und den Rückgriff auf sichere und nachhaltige CO<sub>2</sub>-arme Technologien verbessert werden.

Diese Position traf auf Kritik bei der grünen Industrie und Nichtregierungsorganisationen. Sie verstehen insbesondere die letzten beiden Punkte als einen Freifahrtschein für Fracking und Atomenergie. Generell kritisierten NGOs den Fokus auf die Versorgungssicherheit durch die Diversifizierung von Gasimporten. Um

die Importabhängigkeit der Europäischen Union von Russland zu verringern, brauche man nicht mehr Gas aus anderen Regionen, sondern mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien: „Es ist erstaunlich, zu sehen, wie Regierungen Gas priorisieren, während die Pläne aus dem Wunsch entstanden sind, die Importabhängigkeit zu beenden. Die Staats- und Regierungschefs scheinen der Gasindustrie verfallen zu sein. Zu sagen, dass Gas ein sauberer Energieträger ist, kommt der Behauptung nahe, dass Filterzigaretten Lungenkrebs verhindern“, sagte Brook Riley von Friends of the Earth Europe.

Die EU-Kommission wird in den kommenden Monaten die Gesetzesvorschläge zur Umsetzung der Energieunion weiter ausarbeiten. Währenddessen werden sich NGOs und die Erneuerbaren-Industrie darum bemühen, die EU auf den nachhaltigeren Weg zu bringen. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/rat-energieunion](http://www.kurzlink.de/rat-energieunion)
- ▶ [www.foeeurope.org/EU-governments-called-make-fossil-fuels-history-190315](http://www.foeeurope.org/EU-governments-called-make-fossil-fuels-history-190315)

## Energieeffizienz

### Geld für Projekte

■ Mit einer Stimme Mehrheit haben gestern die Mitglieder des Industrieausschusses (ITRE) des EU-Parlaments einen Änderungsantrag in Junckers Investitionsplan verabschiedet, der ein Budget von fünf Milliarden Euro für Energieeffizienzprojekte zur Seite legt.

Der ITRE-Ausschuss hat die alleinige Kompetenz über Artikel fünf des Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI). Dadurch ist sichergestellt, dass die zweckgebundene Mittelverwendung für Energieeffizienzprojekte Teil der Verhandlungen mit dem Ministerrat sein wird. Kathleen van Brent, Berichterstatterin des EFSI für den ITRE-Ausschuss, zeigte sich optimistisch: „Es wird ein harter Kampf, aber ich bin bereit.“ Jyrki Katainen, Vizepräsident der EU-Kommission und verantwortlich für den EFSI, betonte, dass die Wirtschaft bestimmen sollte, welche Pro-

jekte finanziert werden. Die gemeinsame Forschungsstelle der Kommission unterstützte in einem Bericht die Idee zweckgebundener Mittelverwendung.

Als nächste Schritte stehen die Entscheidungen der federführenden Ausschüsse über den gesamten Fonds an sowie die informellen Trilogverhandlungen zwischen Rat, Parlament und Kommission. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/ep-efsi](http://www.kurzlink.de/ep-efsi)
- ▶ [www.kurzlink.de/euractiv-efsi](http://www.kurzlink.de/euractiv-efsi)

## Ökodesign

### Schlüssel für die Kreislaufwirtschaft

■ Die Europäische Kommission plant, noch 2015 ein verbessertes Wirtschaftskreislaufpaket vorzulegen. Dabei sollte sie die Ökodesignrichtlinie besser nutzen, wie ein am Montag veröffentlichter Bericht des European Environmental Bureau (EEB) zeigt.

Laut dem Bericht „Delivering Resource Efficient Products – How Ecodesign Can Drive a Circular Economy in Europe“ hat die Ökodesignrichtlinie, die Energieverbrauchsanforderungen für elektrische und elektronische Erzeugnisse regelt, den EU-BürgerInnen schon jährliche Energieeinsparungen gebracht.

Sowohl Unternehmen als auch VerbraucherInnen könnten aber noch weit mehr davor profitieren, wenn im Zuge der Richtlinie weitere Anforderungen an Ressourceneffizienz gestellt werden.

Einfache Änderungen oder Anpassungen im Design können die Lebensdauer von Laptops, Druckern oder Waschmaschinen verlängern und damit mehr als eine Million Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr einsparen. Das entspricht etwa 477.000 Autos auf den Straßen der EU.

Neben Designvorgaben an Unternehmen, die zum Beispiel eine längere Haltbarkeit oder eine leichtere Reparatur vorsehen, sind es vor allem die sorgfältig ausgewählten Rohstoffe, die es am Ende

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## S wie Sozialforschung

Der Klimawandel erfordert Anpassungsmaßnahmen, Küstennationen wie die Niederlande sind davon besonders betroffen. Lea Schmitt analysiert in ihrer qualitativen Sozialstudie der Insel Ameland die Haltung der betroffenen Bevölkerung. Ihre Ergebnisse liefern wichtige Informationen über die Schnittstellen, an denen Akteure wie Wissenschaftler, lokale Politiker(innen) und Inselbewohner aufeinandertreffen.

**L. Schmitt**  
**Klima, Raum und Zeit im Wandel**  
 Eine ethnographische Untersuchung von Adaptationen und Konflikten auf der westfriesischen Insel Ameland

350 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,  
 ISBN 978-3-86581-724-2

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

  
 Die guten Seiten der Zukunft

der Lebensdauer eines Produktes ermöglichen, dessen Materialien bestmöglich zu recyceln und Bauteile beziehungsweise Werkstoffe wieder in den Materialkreislauf zurückzuführen. Neben der durch die Ökodesignrichtlinie geregelten Rückgewinnung, Wiederverwendung und Recycling von Materialien könnten durch eine Erhöhung der Ressourcenproduktivität zusätzlich Millionen neuer Arbeitsplätze bis 2030 geschaffen, Innovation gefördert und die negativen Auswirkungen von Preissteigerungen bei Rohstoffen für die europäische Industrie abgefedert werden.

Im Februar hat die Kommission das Kreislaufpaket zurückgezogen. Für den zu überarbeitenden Vorschlag plant sie eine Konsultation, um eine Roadmap über die Vermeidung und Wiederverwendung von Abfall zu erstellen und die Recyclingziele zu überarbeiten. Zudem soll Abfall zur Energiegewinnung in die Ressourceneffizienzvorhaben der Energieunion integriert werden. Ein Vorschlag dazu soll im nächsten Jahr kommen. **[Quelle: UWD, Ir]**

► [www.eeb.org/index.cfm/library/report-delivering-resource-efficient-products/](http://www.eeb.org/index.cfm/library/report-delivering-resource-efficient-products/)

### Fracking

## Bundeskabinett beschließt Gesetz

■ Anfang April hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zu Fracking beschlossen. Das umstrittene Gesetz soll die unkonventionelle Förderung von Schiefergas in Deutschland regeln. Der Entwurf sieht vor, dass die unkonventionelle Gasförderung in sensiblen Gebieten und für Bohrtiefen oberhalb 3.000 Meter generell verboten wird. Eine kommerzielle Förderung von Schiefergas ist damit jedoch nicht ausgeschlossen. Denn wissenschaftliche Probebohrungen zur Prüfung von Umweltauswirkungen sind in jeder Tiefe erlaubt. Entscheidet dann die Expertenkommission, dass keine schwerwiegenden Auswirkungen entstehen, kann durchaus auch eine kommerzielle Förderung oberhalb der 3.000-Meter-Grenze erfolgen.

Dementsprechend kündigten auch viele Abgeordnete des Bundestages bereits an, den Gesetzentwurf abzulehnen und fordern strengere Auflagen. Auch Nichtregierungsorganisationen zeigten sich unzufrieden. Der Deutsche Naturschutzring bezeichnete den Vorstoß der Bundesregierung als fatales Signal für den Klimaschutz: „Um die Klimaziele zu erreichen, muss ein Großteil der fossilen Ressourcen in der Erde bleiben. Es ergibt keinen Sinn, jetzt durch Fracking weitere Lagerstätten zu erschließen – zudem mit einer risikoreichen Technik und mit umweltschädlichen Methoden“, erklärte DNR-Generalsekretärin Liselotte Unselde.

Der Einsatz von Chemikalien sowie das giftige Lagerstättenwasser, das während des Förderungsprozesses freigesetzt wird, macht Fracking zu einer extrem umweltschädlichen Fördermethode: „Mit dem heutigen Kabinettsbeschluss konterkariert die Bundesregierung sämtliche klima-, energie- und naturschutzpolitischen Zielvorgaben. Statt das kostenintensive und risikoreiche Fracking zu verbieten, nimmt die Regierung mögliche Umwelt- und Gesundheitsschäden in Kauf und bremst die Energiewende aus“, kritisierte DNR-Frackingexperte Daniel Hiß.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen kündigte an, Fracking in unkonventionellen Lagerstätten in NRW verbieten zu wollen. Schließen sich noch weitere Länder an, wird es schwieriger, das Gesetz durch den Bundestag zu bringen. **[Ir]**

► [www.kurzlink.de/bmub-frackingentwurf](http://www.kurzlink.de/bmub-frackingentwurf)  
 ► [www.dnr.de/presse/presseinformation-01042015.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformation-01042015.html)

### Schiefergasstudie

## UBA zeigt Ziele und Kosten auf

■ Eine Studie des Umweltbundesamts (UBA) hat die Effekte einer weltweit gesteigerten Förderung von Schiefergas und dessen erhöhte Verfügbarkeit auf die Treibhausgasreduktionsziele und -kosten aufgezeigt. Dabei haben WissenschaftlerInnen

## „Wir wollen die Wertschätzung von Lebensmitteln in der Gesellschaft steigern“

Jeder Bundesbürger wirft durchschnittlich 80 Kilogramm an Lebensmitteln im Jahr in die Abfalltonne. Daran will die Foodsharing-Bewegung etwas ändern, holt noch genießbare Lebensmittel bei Betrieben ab und bewahrt sie vor dem Wegwerfen. Eine Wirtschaft, in der eines Tages Lebensmittelretten nicht mehr gebraucht wird, wünschen sich Marina Fischer und Gerard Roscoe Misler.

### Was ist die Idee hinter Foodsharing?

Das Hauptziel ist es, der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken und dadurch Ressourcen zu schonen. Dafür retten wir die Lebensmittel vor der Tonne und geben sie weiter. Aber wir wollen auch an der Wertschätzung von Lebensmitteln arbeiten und diese in der Gesellschaft steigern—durch Aktionen, Medienberichte und Mundpropaganda. Wir wollen zeigen, dass man aus vielen Lebensmitteln, die eigentlich in der Tonne landen würden, noch etwas machen kann. Das Schönste für uns wäre natürlich, wenn Foodsharing irgendwann nicht mehr notwendig wäre, wenn wir gar keine Lebensmittel mehr retten könnten, weil nichts mehr anfällt.

### Gibt es Betriebe, die etwas ändern und weniger Lebensmittelabfälle produzieren?

Das kommt sehr auf die Philosophie des Betriebs an. Es gibt viele Betriebe, bei denen wir mit der Zeit gemerkt haben, dass immer weniger anfällt, wie zum Beispiel bei der Biocompany, die von Anfang an bei Foodsharing mit dabei war. Dann müssen vielleicht nicht mehr zwei Leute zur Abholung kommen, sondern nur noch eine Person. Andere Betriebe verfolgen weiterhin den Servicegedanken, bis Ladenschluss alles anbieten zu können. Wir freuen uns über jeden Einsparungserfolg bei den Betrieben, halten niemanden an, anders zu wirtschaften, bieten aber auf Wunsch auch eine Beratung an.

### Wie kann man bei Foodsharing mitmachen?

Im Grunde kann jede Person mitmachen, die einen Internetanschluss hat. Wir haben sogar Patenschaften für Menschen ohne Internetzugang oder mit Beeinträchtigungen. Herzstück ist die Plattform foodsharing.de. Jede und jeder kann sich anmelden und ist vorerst Foodsharer. Man kann Essenskörbe online einsehen, die andere Menschen bereitgestellt haben, und auch selbst welche einstellen. Wenn man ehrenamtlich bei Betrieben Lebensmittel abholen möchte, muss man ein kleines Quiz zum Umgang miteinander, mit den MitarbeiterInnen der Betriebe, zum Verteilen der Lebensmittel und darüber, wie Foodsharing funktioniert, absolvieren. Zuverlässigkeit ist für uns sehr wichtig. Nach drei Einführungsabholungen ist man

als Foodsaver auf der Internetplattform freigeschaltet und kann anfangen, sich in offene Betriebsteams einzutragen und Lebensmittel abzuholen. Wenn man noch mehr machen möchte, kann man Betriebsverantwortliche oder Betriebsverantwortlicher werden und ist dafür zuständig, Kontakte zu den Betrieben zu pflegen und eine reibungslose Abholung zu gewährleisten. Ziel ist es, eine hundertprozentige Abholquote zu garantieren. Wer sich darüber hinaus engagieren möchte, kann beispielsweise als Botschafterin oder Botschafter eines der Bezirkstreffen organisieren.

### Die Lebensmittel gehen an die Foodsaver selbst und an soziale Einrichtungen. Wer macht da mit?

Es gibt verschiedene soziale Institutionen, zu denen die Foodsaver Lebensmittel bringen, und immer wieder neue Anfragen. Schon lange besteht eine Kooperation mit der Berliner Obdachlosenhilfe. Zu Ostern haben wir mit dem Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt zusammengearbeitet, das Projekte mit Jugendlichen aus Flüchtlingsunterkünften organisiert hat. Wir möchten aber nicht darüber entscheiden, wer die Lebensmittel am nötigsten braucht. Wichtiger ist es, dass sie nicht weggeworfen werden, sondern Mägen füllen. Das ist das Schöne an unseren Fair-Teilern. Sie dienen als Anlaufstelle, um Lebensmittel zu teilen und sind bestenfalls rund um die Uhr zugänglich. Jede und jeder kann Überschüssiges zu den Kühlschränken bringen und etwas anderes wieder mitnehmen. In einem Fair-Teiler in Berlin haben wir auch eine Box installiert, wodurch man auch Kleidung und Bücher und noch viel mehr teilen kann. Die Fair-Teiler sind einfach zu erreichen und zu nutzen, das Prinzip ist leicht verständlich. Damit wollen wir eine niedrige Hemmschwelle zum Mitmachen setzen. So entsteht ein Ort des Gebens und Nehmens mit Begegnungen von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus.

### 1309 Foodsaver gibt es aktuell in Berlin. Und die Bewegung wächst. Wie groß will sie werden?

Wir wollen sehr gerne wachsen, aber in dem Rahmen, den unsere Organisationsstruktur zulässt. Wir können zum Beispiel erst Betriebe für Kooperationen ansprechen, wenn wir genügend Personen für die Ab-

holungen haben. Deswegen möchten wir so viele Interessierte wie möglich ins Boot holen, um noch mehr Lebensmittel retten zu können. Unsere Website wird auch in Kürze öffentlich zugänglich gemacht, damit interessierte Gruppen in anderen Ländern etwas wie Foodsharing aufbauen können.

### Ende April findet das vierte internationale Foodsharingtreffen in Berlin statt. Wo gibt es denn Foodsharing noch?

Bisher gibt es Foodsharer außer in Deutschland in Österreich, der Schweiz und in den Niederlanden. JournalistInnen von Honkong TV möchten über das Foodsharingtreffen berichten mit der Ankündigung, es dort auch einrichten zu wollen. Wir hatten Gespräche mit Menschen aus Frankreich, Italien und Ukraine. Es gibt weltweit ein großes Interesse.

### Was ist für das Treffen geplant?

Wir wollen auf allen Ebenen voneinander lernen. Dazu gehört zum einen das Informieren von Personen, die noch gar nicht viel von Foodsharing gehört haben. Wir werden Workshops zum Haltbarmachen von Lebensmitteln anbieten, wie man zum Beispiel Marmeladen und Aufstriche selber produziert. Zum anderen geht es um unsere inhaltliche Arbeit, wo wir als Foodsharing-Community hinwollen, wie wir das gemeinsam erarbeiten können und wo wir noch Probleme sehen.

[Interview: Elena Schäggy, Eric Janacek]

Marina Fischer und Gerard Roscoe Misler sind als Botschafter für Foodsharing in Berlin aktiv.

Kontakt:

E-Mail: [berlin@lebensmittelretten.de](mailto:berlin@lebensmittelretten.de),  
[www.foodsharing.de](http://www.foodsharing.de)



ein Szenario mit globaler Schiefergasförderung mit einem Szenario mit sehr eingeschränkter Förderung verglichen. Die Analysen zeigen, dass Schiefergas eine schlechte Option zur Emissionsreduzierung ist. Die Effekte von Schiefergas seien kurzfristig gering, führen langfristig jedoch zu weiterhin niedrigen Energiepreisen und weniger Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen. Dies verursache höhere Treibhausgasemissionen, wodurch die Kosten für die Erreichung der Klimaziele steigen. Das Klimaziel der EU, eine Treibhausgasreduktion um 80 bis 95 Prozent im Jahr 2050 zu erreichen, verteuere sich so um 2,4 Prozent. Außerdem würden die Preise für erneuerbare Energien langsamer sinken. [jb]

- [www.umweltbundesamt.de/publikationen/the-impact-of-shale-gas-on-the-costs-of-climate](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/the-impact-of-shale-gas-on-the-costs-of-climate)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Pestizidrückstände

## In jeder zweiten Essensprobe nachgewiesen

■ In ihrem Jahresbericht 2013 gibt die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) Entwarnung: Die Pestizidreste in nahezu allen untersuchten Nahrungsmitteln liegen innerhalb der gesetzlichen Grenzwerte. Die Auswirkung von Mehrfachrückständen wurde allerdings nicht untersucht.

Für die menschliche Gesundheit schlussfolgerte die EFSA, dass langfristige Folgen durch Pestizidrückstände in Lebensmitteln unwahrscheinlich seien. Wer den Chemikalienresten im Essen kurzzeitig ausgesetzt sei, habe ein niedriges Risiko, geschädigt zu werden.

Die 28 EU-Mitgliedstaaten sowie Island und Norwegen hatten für den EFSA-Bericht jeweils zwei Kontrollprogramme durchgeführt: ein nationales Programm, das jedes Land selbst gestaltet, und ein von der EU koordiniertes Programm,

bei dem alle nationalen Lebensmittelaufsichtsbehörden denselben Warenkorb an Lebensmitteln kontrollieren. Unter den getesteten Produkten waren Äpfel, Kohl, Porree, Kopfsalat, Pfirsiche, Roggen, Hafer, Erdbeeren, Tomaten, Kuhmilch, Schweinefleisch und Wein.

Über 97 Prozent der Proben lagen unterhalb der gesetzlichen Höchstwerte, in fast 47 Prozent wurden Spuren von einem Pestizid festgestellt. Rückstände von mehr als einem Pestizid fanden sich in mehr als 27 Prozent der untersuchten Erzeugnisse.

Dass die Auswirkungen dieser Mehrfachrückstände nicht untersucht worden sind, kritisierten das Europäische Umweltbüro (EEB) und das Pestizid Aktions-Netzwerk PAN Europe. Es sei zu stark vereinfacht, Fakten über einzelne Rückstandsdosen zu liefern, sagte Martin Dermine von PAN. Auch wenn die Rückstandshöchstgehalte so gut wie nicht überschritten worden waren, seien die nachgewiesenen Rückstände in den vergangenen Jahren gestiegen. Es sei besorgniserregend, dass zu wenig über den Effekt von Giftcocktails bekannt sei, erklärten EEB und PAN. Wenn die EFSA über Lebensmittelsicherheit reden wolle, solle die einzige statistische Grundlage die Zahl Null für Rückstände sein, mahnte Tatiána Santos vom EEB. [mbu]

- EFSA-Bericht über Pestizidrückstände in Nahrung: [www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/4038](http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/4038)
- EEB und PAN Europe zu EFSA-Bericht: [www.kurzlink.de/efsa-pest-food3.2015](http://www.kurzlink.de/efsa-pest-food3.2015)

### Produktsicherheit

## Gefährliche Spielsachen und giftige Kleidungsstücke

■ In der Europäischen Union sind 2014 mehr gesundheitsschädliche Produkte entdeckt worden als im Vorjahr. Das geht aus dem Jahresbericht des Schnellwarnsystems Rapex hervor, der Ende März veröffentlicht wurde.

Fast 2.500 riskante Artikel haben Kontrolleure im vergangenen Jahr vom Markt genommen, so viele wie nie zuvor. Über ein

Viertel davon war Spielzeug, gefolgt von Kleidung, Textilien und Modeschmuck. Der Großteil der mit Chemikalien versetzten oder schlecht verarbeiteten Waren stammte aus China. Vor allem Kinder können sich an den Spielsachen verletzen, ersticken oder mit giftigen Chemikalien in Kontakt kommen.

„Spielsachen sind ein ganz wichtiges Problem, das die Schwächsten trifft“, sagte EU-Verbraucherkommissarin Věra Jourová. Um dies zu ändern, arbeite die EU-Kommission an strengeren Normen für die Sicherheit von Spielzeug und werde weitere Informationskampagnen starten.

Deutschland war mit 296 gefährlichen Produkten Spitzenreiter der gemeldeten Fälle. Es folgten Ungarn und Spanien. Schädliche Ware wird registriert, wenn sie in dem jeweiligen Land zum ersten Mal auftaucht. Über die Datenbank Rapex warnen sich die EU-Staaten gegenseitig vor solchen Produkten. Dadurch sollen diese schnell aus dem Handel verschwinden. Rapex untersucht Konsumgüter, aber keine Lebensmittel und Medikamente. Das System gibt es seit zwölf Jahren. [mbu]

- Rapex-Bericht 2014: [www.ec.europa.eu/consumers/consumers\\_safety/safety\\_products/rapex/reports](http://www.ec.europa.eu/consumers/consumers_safety/safety_products/rapex/reports)
- EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung Věra Jourová: [www.ec.europa.eu/commission/2014-2019/jourova](http://www.ec.europa.eu/commission/2014-2019/jourova)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### Ökoverordnung

## EU-Agrarausschuss einig über Reform

■ Die Abgeordneten im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments haben sich Ende März fast einstimmig gegen den Vorschlag der EU-Kommission für eine neue EU-Ökoverordnung ausgesprochen.

„Wir wollen keine Totalrevision der EU-Ökoverordnung, sondern eine pra-

xisgerechte Reform“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Grünen/EFA und zuständige Berichterstatter des Parlaments Martin Häusling. Wenn man den Ökolandbau fördern wolle, dürfe man ihn nicht mit überzogenen Ansprüchen überfordern.

So erschwere ein Extragrenzwert für Pestizide in Bioprodukten genau denjenigen die Arbeit, die keine Pestizide einsetzen, betonte Häusling. Für die Umstellung auf 100 Prozent Biosaatgut und Biofutter brauche man regional angepasste Übergangszeiten. Importe müssten strenger kontrolliert und Betrugsfälle einheitlich geahndet werden. Zur Behebung von Konflikten sei eine europäische Clearingstelle zu schaffen. Für die Tierhaltung, besonders die Ökogeflügelhaltung, forderten die Ausschussmitglieder klarere Vorgaben und strengere Bestandsgrenzen.

Mitte März riefen der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) und weitere Bioerzeugerverbände in der Nürnberger Erklärung dazu auf, keine

neue EU-Ökoverordnung zu erlassen. Die bisherige Verordnung habe sich bewährt und solle verbessert, aber nicht komplett revidiert werden. Auch die bundesdeutschen Agrarminister bekräftigten auf ihrer Konferenz im März ihre Position, dass die geltende Verordnung weiterentwickelt, aber keinesfalls komplett verworfen werden solle.

Im Oktober vergangenen Jahres hatte der Bundestag sich gegen die Pläne der EU-Kommission für eine völlige Novellierung der EU-Ökoverordnung ausgesprochen. Die Abgeordneten forderten stattdessen deren gezielte Weiterentwicklung. Mitte April berät der EU-Agrarausschuss erneut über den Verordnungsvorschlag. [mbu]

- ▶ Änderungsvorschläge EU-Agrarausschuss für Ökoverordnung: [www.kurzlink.de/eu-oeko-vo-03.2015](http://www.kurzlink.de/eu-oeko-vo-03.2015)
- ▶ Berichterstatter zur Ökoverordnung im EU-Agrarausschuss: [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu)
- ▶ Nürnberger Erklärung BÖLW: [www.boelw.de/nuernbergererklarung](http://www.boelw.de/nuernbergererklarung)

Erfinderschutz

## Konzerne dürfen Brokkoli und Tomaten patentieren

■ Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere sind weiterhin zulässig. Das hat die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes (EPA) Ende März endgültig entschieden.

Umweltverbände kritisieren die Entscheidung des EPA und befürchten eine zunehmende Monopolisierung der Tier- und Pflanzenzüchtung. „Die Entscheidung des EPA ist verheerend und dient ausschließlich den Interessen multinationaler Saatgutkonzerne! Züchter und Landwirte brauchen den freien Zugriff auf die genetische Vielfalt aller Pflanzensorten und Tierrassen“, sagte Felix Prinz zu Löwenstein, Geschäftsführer des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Der BÖLW fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich bei der EU-Kommission für die Novellierung der EU-Biopatentrichtlinie

**Schwerpunkt**

**MUSIK GEGEN DEN STROM**

Das Kölner Orchester Kwaggawerk:  
Eine Energie, die wir uns selbst geben

Das Protestorchester Lebenslaute:  
Andante an der Kante

Das »Natural Voice«-Projekt Komm und Sing:  
Mit »Komm und Sing« einfach lossingen

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus gibt es für nur 7,5 €!  
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!  
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.

Probeflesen: [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Schönfelder Str. 41A, 34121 Kassel

# CONTRASTE

DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



**WANDELWOCHE UND SOLIKON2015**

Kongressteilnehmende und Interessierte erhalten von Sonnabend den 05. bis Mittwoch den 09. September die Möglichkeit, Betriebe, Initiativen und Projekte des solidarischen Wirtschaftens in Berlin und Brandenburg zu besuchen.

**FAIRMONDOS FAIRE ABO-KISTE**

Hinter dem Abonnementprogramm verbirgt sich der Plan, das Thema Logistik langsam anzugehen.

**WAS MACHT EIGENTLICH...? DIE UFABABRIK**

Eine der am längsten existierenden Großstadt-Kommunen ist die ufaFabrik im Berliner Bezirk Tempelhof.

einzusetzen. Sie solle ihren Sitz im Verwaltungsrat des EPA nutzen, um das Amt auf eine Auslegungspraxis des Patentrechts zugunsten der biologischen Vielfalt zu drängen. Die Bundesregierung hatte sich im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, für ein europaweites Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere einzutreten. [ej]

- ▶ Entscheidung der Großen Beschwerdekammer der EPA: [www.kurzlink.de/epa-tomat-pat2015](http://www.kurzlink.de/epa-tomat-pat2015)
- ▶ Stellungnahme BÖLW: [www.boelw.de/pm+M586d90cc2ec](http://www.boelw.de/pm+M586d90cc2ec)

### Lebensmittelmarkt

## Milchquote ausgelaufen

■ Seit April gibt es keine EU-Milchquote mehr. Nun soll wieder der Markt die Milchproduktion regulieren. Umweltverbände befürchten eine Überproduktion und den Verlust von Wiesen und Weiden. Die seit 1984 bestehende Milchquote sollte der Überproduktion entgegenwirken und das Einkommen der Produzenten sowie den Fortbestand der Betriebe sichern. Doch die Regelung hat laut dem polnischen Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses des EU-Parlaments Czesław Siekierski (EVP) den Markt nicht vor signifikanten Änderungen des Preises, Einkommens oder der Produktion geschützt. Gleichzeitig ist in den vergangenen fünf Jahren der Milchexport der EU um 95 Prozent angestiegen.

Der BUND warnt vor negativen Auswirkungen auf Umwelt, Tierschutz und die LandwirtInnen. „Die Milcherzeuger geraten unter zusätzlichen Preisdruck, das Höfesterben geht weiter und die Tierhaltung wird in immer größeren Ställen konzentriert. Der Wegfall der Milchquote wird den Leistungsdruck auf die Kühe weiter verstärken. Ein Großteil der Tiere wird bereits auf Hochleistung gezüchtet und erhält statt Weidefutter Mais und Importsoja. Dies trägt auch dazu bei, dass Wiesen umgepflügt und in Ackerland verwandelt werden. Die Folge ist der Verlust vieler seltener Tier- und Pflanzenarten“, sagte Jochen Dettmer, agrarpolitischer Sprecher des BUND.

Ein Drittel ihrer Futtermittel importierten deutsche Agrarbetriebe bereits aus Ländern wie Brasilien, Paraguay und Argentinien. Deren Hauptbestandteil ist gentechnisch verändertes Soja, dessen Anbau mit dem großflächigen Einsatz giftiger Pestizide und der Vernichtung wertvoller Naturräume einhergeht. Der BUND fordert deshalb flexible Mechanismen zur Steuerung der Milchmenge entsprechend der Marktlage, um die Menge dem Inlandskonsum anzupassen. Ansonsten drohe die Haltung von Milchkühen vollständig industrialisiert zu werden. [jb]

- ▶ EU-Parlament zum Ende der Milchquote: [www.kurzlink.de/euparl-milchquote](http://www.kurzlink.de/euparl-milchquote)
- ▶ BUND zum Ende der Milchquote: [www.kurzlink.de/bund-milchquote](http://www.kurzlink.de/bund-milchquote)

### Agrargifte

## Einsatz von Neonikotinoiden unvereinbar mit EU-Recht

■ Die Einschränkung sogenannter Neonikotinoide in der Landwirtschaft muss in der Europäischen Union über den Bienenchutz hinausgehen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Beratergremiums der nationalen Wissenschaftsakademien der EU-Mitgliedstaaten (EASAC). Vor allem die Auswirkung der Pflanzengifte auf natürliche Schädlinge, biologische Vielfalt und den Boden müsse auf den Prüfstand.

Die Forscher des Wissenschaftsnetzwerks stellten fest, dass der großflächige Einsatz des chemischen Wirkstoffs im Widerspruch zu EU-Recht steht. So sei das Beizen der Saat mit Neonikotinoiden nicht vereinbar mit den Regeln zum nachhaltigen Pestizideinsatz, der im integrierten Schädlingsmanagement der EU festgeschrieben ist. Außerdem stimme er nicht mit der Biodiversitätspolitik der EU und den Nachhaltigkeitszielen der Gemeinsamen Agrarpolitik überein. Beispielsweise schränke das weitverbreitete Ackergift die Wiederherstellung von Artenvielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen ein, die die EU-Agrarreform vorschreibt, heißt es bei der EASAC.

Neonikotinoide gelten als mitverantwortlich für das EU-weite Bienensterben. Vor zwei Jahren hatte die EU-Kommission drei Substanzen dieser Stoffgruppe verboten. Die Wissenschaftler der EASAC forderten, dass die EU beim Zulassungsverfahren umfassender die Auswirkungen solcher Chemikalien berücksichtigen müsse. Es genüge nicht, die Honigbienen zu schützen, um die Bestäubungsleistung und andere Ökosystemdienstleistungen zu gewährleisten. Die Autoren der EASAC-Studie wiesen darauf hin, dass die Anzahl anderer Bestäuber in ganz Europa zurückgegangen sei, während die Zahl der Bienenvölker schwanke.

Dieses Jahr plant die EU-Kommission eine Überprüfung der jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse über Neonikotinoide und der damit zusammenhängenden Regelungen. [mbu]

- ▶ Zum Bericht der EASAC: [www.easac.eu/home/reports-and-statements/detail-view/article/ecosystem-se](http://www.easac.eu/home/reports-and-statements/detail-view/article/ecosystem-se)

### Agraremissionen

## Dünger und Ackergifte schaden Umwelt massiv

■ Der Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln in der intensiven Landwirtschaft verursacht zahlreiche Umweltprobleme. Darauf wies das Umweltbundesamt (UBA) im April in einem Hintergrundpapier hin. Besonders negativ wirken sich demnach die sogenannten Nährstoffüberschüsse aus. Dies betreffe vor allem den Stickstoffüberschuss, denn 60 Prozent der Stickstoffemissionen kommen aus der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft nutzt laut UBA mit über 50 Prozent die meiste Fläche in Deutschland. Trotz ihres geringen Anteils am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von unter einem Prozent ist sie ein bedeutender Zweig der deutschen Volkswirtschaft. Während in den vergangenen 30 Jahren die meisten Branchen ihre Stoffeinträge in die Umwelt erfolgreich reduziert hätten, seien die Agraremissionen nur leicht zurückgegangen.

So stagniere seit Jahren der Stickstoffüberschuss mit 97 Kilogramm pro Hektar (kg N/ha) auf hohem Niveau. Die Nitratbelastung des Grundwassers sowie die Nährstoffübersorgung (Eutrophierung) von Flüssen, Seen und Meeren sind dem UBA-Bericht zufolge vor allem auf die intensive Stickstoffdüngung zurückzuführen.

In der Folge kommt es zum Artenverlust. Durch Grünlandumbruch, Moornutzung und Rodung der Wälder, durch Ausbringung von Düngemitteln sowie Bodenbearbeitung und Tierhaltung werden klimawirksame Treibhausgase ausgestoßen. 2012 sei die Landwirtschaft für etwa 7,5 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich gewesen, so das UBA. Damit belegten landwirtschaftliche Emissionen den zweiten Platz hinter den Emissionen, die durch Verbrennung zur Energieerzeugung entstehen (84 Prozent). Zum Vergleich: Die Industrie emittiert 7,2 Prozent der Treibhausgase.

Aus Sicht des UBA lässt sich diese Bilanz durch effizienten Verbrauch von Stickstoff und Phosphor, die Begrenzung der Nährstoffüberschüsse, eine Flächenbindung der Tierhaltung sowie ein besseres Stallmanagement nebst Lagerung und Ausbringung von Dünger verbessern. Die Umstellung auf ökologischen Landbau könnte hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten. [mbu]

- UBA-Hintergrundpapier Umweltbelastende Stoffe aus der Landwirtschaft:  
[www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbelastende-stoffeintraege-aus-der](http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbelastende-stoffeintraege-aus-der)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Regenwald

## Abholzung durch EU-Konsum

■ Die Brüsseler Umweltorganisation Fern hat im März in einer neuen Studie kritisiert, dass der europäische Verbrauch von Produkten wie Palmöl, Soja und Rindfleisch zur illegalen Abholzung in den Tropen beiträgt.

Die Fern-Studie „Stolen Goods“ beleuchtet das Ausmaß der Regenwaldzerstörung. In dem Zeitraum von 2000 bis 2012 wurde durchschnittlich alle zwei Minuten eine Fläche von der Größe eines Fußballfeldes abgeholzt. Die EU trage zu diesem Zustand erheblich bei. Für den europäischen Verbrauch führte die Europäische Union beispielsweise 2012 Soja, Rindfleisch, Palmöl und Leder im Wert von sechs Milliarden Euro ein, für deren Erzeugung unerlaubt Wald gerodet worden sei. Das entspreche fast einem Viertel der weltweit gehandelten Menge. Deutschland gehöre zu den großen Importeuren von Soja und Palmöl. Brasilien ist der mit Abstand größte Sojaproduzent, Indonesien stemmt den Löwenanteil im Palmöl-Export.

Die UmweltschützerInnen von Fern verlangen von der EU-Kommission ein entschiedenes Vorgehen gegen die illegale Abholzung und einen Aktionsplan. Illegale Rodungen seien zwar verboten, der Export der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die auf gerodeten Flächen angebaut werden, aber nicht. Für Hannah Mowat von Fern ist ein Aktionsplan ein notwendiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels: „Die Rolle, die Wälder zur Regulierung des Klimas spielen, ist nur zu gut bekannt. Damit Bäume stehen bleiben, ist es erforderlich, dass den Kräften, die die Entwaldung vorantreiben, Gegenkräfte entgegenstehen. Nur dann hat die EU eine Möglichkeit, der Entwaldung Einhalt zu gebieten, indem sie ihren Handel mit und Konsum von landwirtschaftlichen Grunderzeugnissen überdenkt und ändert“, sagte sie. [mk]

- Mitteilung Fern: [www.kurzlink.de/fern1703](http://www.kurzlink.de/fern1703)
- Studie Stolen Goods (engl.):  
[www.fern.org/sites/fern.org/files/Stolen%20Goods\\_EN.pdf](http://www.fern.org/sites/fern.org/files/Stolen%20Goods_EN.pdf)

### Vogelschutz

## BirdLife will bessere Pläne

■ Der Naturschutzverband BirdLife International hat im April ein Programm gestartet, um die Schutzbedürfnisse bedrohter europäischer Vogelarten zu erfassen. Das

von der EU geförderte Programm LIFE Euro SAP wird über einen Zeitraum von drei Jahren die Lebensbedingungen von Vögeln wie deren Wanderbewegungen untersuchen, Gefährdungen bestimmen und bessere Schutzmaßnahmen erarbeiten.

13 Partnerorganisationen nehmen an dem Programm teil und untersuchen insgesamt 16 Vogelarten. Die NGOs wollen für den Mittelmeer-Sturmtaucher und den Monteiro-Wellenläufer neue Arterhaltungspläne (Species Action Plans – SAP) erstellen und bestehende Erhaltungspläne für andere Vogelarten prüfen. Arterhaltungspläne informieren über den Zustand und die Gefährdung von Vogelarten. Die EU-Kommission nutzt sie für Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung deren Schutzstatus. Laut BirdLife müssen die Arterhaltungspläne dringend erneuert werden, da der Zustand auch vieler Arten, für die bereits solche Pläne existieren, sich zusehends verschlechtert.

„Wir gehen den Vogelschutz europaweit an und schaffen eine breite Partnerschaft für den Schutz der Arten und den Erhalt der Biodiversität“, sagte Iván Ramírez, Leiter des Naturschutzes von BirdLife für die Regionen Europa und Zentralasien. [ej]

- Mitteilung Birdlife: [www.birdlife.org/sites/default/files/attachments/PR-LIFE-SAP.pdf](http://www.birdlife.org/sites/default/files/attachments/PR-LIFE-SAP.pdf)

### Forschungsprogramm

## Agenda für Boden und Fläche

■ 21 Institutionen aus 16 EU-Ländern werden, koordiniert vom Umweltbundesamt (UBA), in den nächsten drei Jahren eine europäische Forschungsagenda für die Ressourcen Boden und Fläche entwickeln. Das EU-Projekt INSPIRON (INtegrated Spatial PlannIng, land use and soil management Research ACTION) ist eine Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahme für die Europäische Kommission.

Die Projektpartner wollen einen Ansatz zur Gestaltung von Forschungsfragen und Programmen im interdisziplinären Forschungsfeld zwischen Boden

und Fläche erarbeiten. Die angestrebte Forschungsagenda soll eine Grundlage für abgestimmte Forschungsprogramme und gemeinsame Forschungsaufträge in Europa schaffen und als Basis künftiger Forschung dienen. „Dieses Projekt ist für uns ein Meilenstein im Internationalen Jahr des Bodens“, sagte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger. [ej]

► Mitteilung des UBA: [www.kurzlink.de/uba0104](http://www.kurzlink.de/uba0104)

### Vogeljagd

## Kein Stopp auf Malta

■ JägerInnen in Malta dürfen weiterhin Zugvögel jagen. Das haben BürgerInnen in einem nationalen Referendum im April mit einer knappen Mehrheit von 50,4 Prozent entschieden. In Malta sind nun insgesamt 32 Vogelarten, darunter 11.000 Turteltauben und 5.000 Wachteln, zum Abschuss freigegeben. Zwar darf jede Person in der Jagdsaison nur vier Vögel schießen, offizielle Kontrollen finden allerdings so gut wie nicht statt. Laut EU-Recht ist die Frühlingsvogeljagd verboten, da eine Bejagung während der Brutperiode die Fortpflanzungskette unterbricht. Malta ist der letzte EU-Staat, der die Zugvogeljagd weiterhin erlaubt und sich mit Ausnahmeregelungen über Unionsrecht hinwegsetzt. Malta liegt auf dem Weg vieler Zugvögel zwischen Europa und Afrika.

Laut den Vogelschutzorganisationen Komitee gegen den Vogelmord und dem Vogelschutzkomitee fallen der Bejagung auch viele geschützte, nicht zum Abschuss freigegebene Arten zum Opfer. In der Folge brechen die Bestände von Vögeln, die über Malta ziehen, auch in anderen Ökosystemen ein. In Deutschland nisten dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) zufolge demnach zurzeit nur noch etwa 30.000 Turteltaubenpaare. Anfang des Jahrtausends waren es noch doppelt so viele.

„Die derzeitigen Ausnahmeregelungen müssen revidiert werden. Mehr denn je zeigt dieser Fall, warum der Schutz der Natur in Europa starke EU-weite Gesetze braucht“, sagte Ariel Brunner von BirdLife. Der NABU

fordert deshalb den maltesischen EU-Umweltkommissar Karmenu Vella auf, Malts Ausnahmeregelung nicht zuzulassen. [ej]

- [www.kurzlink.de/BirdLife1304](http://www.kurzlink.de/BirdLife1304)
- [www.nabu.de/news/2015/04/18734.html](http://www.nabu.de/news/2015/04/18734.html)
- [www.vogelschutz-komitee.de/index.php/neues](http://www.vogelschutz-komitee.de/index.php/neues)
- [www.komitee.de/](http://www.komitee.de/)

### Natura 2000

## Klage wegen Moorburg

■ Die EU-Kommission hat Ende März beschlossen, die Bundesrepublik zu verklagen, da nach Ansicht der Kommission bei der Genehmigung des Kohlekraftwerks Hamburg-Moorburg der Naturschutz nicht beachtet wurde. Laut Kommission haben die deutschen Behörden bei der Genehmigung des Kraftwerks versäumt, alternative Kühlmethode zu prüfen. Da Deutschland sich bisher weigere, Alternativen zu suchen, habe die Kommission beschlossen, ein gerichtliches Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union einzuleiten. Dies ist die dritte Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens und kann zu Zwangsgeld oder anderen Strafzahlungen führen. Bei der Kühlung des Kraftwerkes werden große Wassermengen der Elbe entnommen. Dadurch sind geschützte Arten wie Lachs, Flussneunauge oder Meerneunauge bedroht. Sie passieren das Kraftwerk auf ihren Wanderungen von der Nordsee zu den Natura-2000-Schutzgebieten. [mk]

► [www.kurzlink.de/eu-kom-moorburg15](http://www.kurzlink.de/eu-kom-moorburg15)

### Natura 2000- und FFH-Gebiete

## Zu wenig Schutzbemühungen

■ Die EU-Kommission hat Ende März ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet, weil nur etwa die Hälfte der von Deutschland beziehungsweise den dafür verantwortlichen Bundesländern gemeldeten Gebiete nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) bisher auch rechtlichen Schutz genießt und

einen Managementplan hat. Mit der FFH-Richtlinie hatten sich die Mitgliedstaaten 1992 verpflichtet, EU-weit bedrohte Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensräume zu erhalten und zu schützen. Dafür sollten sie in einem bestimmten Zeitrahmen sogenannte FFH- oder Natura-2000-Gebiete melden, und in einem weiteren Schritt auch rechtlich schützen. Die Frist dafür lief bereits 2010 aus. In Deutschland sind bis dahin zwar gut 4.6000 Flächen definiert worden, aber nahezu 2.800 davon wurden nicht als Schutzgebiet ausgewiesen oder mit anderen Mitteln rechtlich geschützt. Für mehr als die Hälfte, nämlich 2.663 Schutzgebiete, habe Deutschland zudem bis jetzt nicht erklärt, welche Maßnahmen es zum Erhalt des Schutzstatus ergreifen wolle. Dies kann etwa durch sogenannte Managementpläne geschehen.

Das kritisiert etwa der NABU und lobt die Entscheidung von EU-Umweltkommissar Karmenu Vella, für den Deutschlands Versäumnisse nicht länger akzeptabel sind. „Die Mitgliedstaaten und in Deutschland die hierfür verantwortlichen Bundesländer hatten wahrlich genug Zeit, ihren eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Vor allem die schnelle Erarbeitung fundierter Managementpläne sei dringend erforderlich, gemeinsam mit allen Landnutzern in den jeweiligen Gebieten. Es sei ein Trauerspiel, dass – mehr als zwanzig Jahre nach Inkrafttreten der FFH-Richtlinie und fünf Jahre nach Ende der offiziellen Frist – erst für die Hälfte aller FFH-Gebiete ein Managementplan existiere. [mbu]

► [www.nabu.de/natur-und-landschaft/schutzgebiete/natura-2000](http://www.nabu.de/natur-und-landschaft/schutzgebiete/natura-2000)

### Jagdrecht

## Deutsche wollen mehr Naturschutz

■ 84 Prozent von 1.000 Befragten halten es für sehr wichtig oder wichtig, Natur- und Tierschutz durch die Jagdgesetze zu stärken. Das geht aus einer vom Natur-

# DIE NEUE ZEOZWEI

DAS MAGAZIN FÜR KLIMA. KULTUR. KÖPFE.

zeozwei | MAGAZIN FÜR KLIMA. KULTUR. KÖPFE. | www.zeozwei.de | 02. 2015 | € 5,50

**taz. zeozwei**

DAS MAGAZIN FÜR KLIMA. KULTUR. KÖPFE.

**naomi klein**

**harald welzer**

**claus leggewie**

**stefan rahmstorf**

**maren eggert**

**heinz bude**

**ursula sladek**

**klaus richarz**

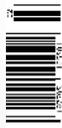
**hartmut rosa**

**claudia kemfert**

**hendrik haase**

**tanja busse**

**jonny**



**WAS WIRKLICH ZÄHLT**

zeozwei erscheint viermal im Jahr.

Ein Jahresabo kostet 22 Euro,

eine einzelne Ausgabe am Kiosk 5,50 Euro.

[www.zeozwei.de](http://www.zeozwei.de) | [zeo2abo@taz.de](mailto:zeo2abo@taz.de) | T (0 30) 2 59 02-200

**taz. zeozwei**

schutzbund Deutschland (NABU) in Auftrag gegebenen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa hervor.

In Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg steht zurzeit eine Novellierung der Landesjagdgesetze an. Der NABU kritisiert die baden-württembergische Landesregierung, weil diese sich dem Druck der JägerInnenschaft beuge und stark gefährdete oder vom Aussterben bedrohte Entenarten wie die Krick- oder Tafelente möglicherweise zur Jagd freigeben möchte. Bei einer Prüfung der Umweltverträglichkeit der Entwürfe der Jagdgesetznovellierungen der Länder durch den NABU schnitten die Pläne der beiden Bundesländer noch am besten ab.

„Wir fordern die Politik auf, die Jagdgesetze konsequent zu ökologisieren – auch wenn viele Jagdverbände mit Gesetzen aus dem letzten Jahrhundert lieber weiter in der Vergangenheit leben wollen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen mehr Natur- und Tierschutz im Jagdrecht – und kein Einknicken der Politiker vor anachronistischen Forderungen der Jägerschaft“, sagte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller. [ej]

► Mitteilung NABU: [www.kurzlink.de/nabu1803](http://www.kurzlink.de/nabu1803)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tierschutzrecht

## Gutachten bestärkt Tierschutzverbandsklage

■ Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) empfiehlt in seinem neuen Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ die von TierschützerInnen geforderte Einführung einer Tierschutzverbandsklage auf Bundesebene. Mithilfe eines solchen Verbandsklagerechts könnten anerkannte Tierschutzvereine im Namen der Tiere gerichtlich für die Einhaltung des Tierschutzrechts eintreten und tierschutzrelevante Entscheidungen von Behörden überprüfen lassen.

„Die Einführung der Tierschutzverbandsklage ist ein unentbehrliches Instrument zur Umsetzung des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz. Gleichzeitig ist sie ein effektives Mittel, um die Behörden bei der Durchsetzung geltenden Tierschutzrechts zu unterstützen“, sagte Christina Ledermann vom Verband Menschen für Tierrechte. In sechs deutschen Bundesländern gilt bereits ein landesweites Tierschutzverbandsklagerecht, zwei beraten aktuell über dessen Einführung. [as]

► Menschen für Tierrechte, Aachen, Christina Ledermann, Tel. +49 (0)211 / 16345429, E-Mail: [ledermann@tierrechte.de](mailto:ledermann@tierrechte.de), [www.tierrechte.de](http://www.tierrechte.de)

### Tierhaltung

## Wandel erforderlich

■ Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik (WBA) (siehe vorigen Artikel) zeigt, dass die Tierhaltung in Deutschland in ihrer jetzigen Form nicht zukunftsfähig ist. Die vom Bundesagrarministerium eingesetzten ExpertInnen haben deswegen Leitlinien und Empfehlungen für eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung entwickelt. Darin fordern sie unter anderem größere Stallflächen, Auslauf nach draußen, artgemäße Beschäftigungen, den Verzicht von Amputationen und einen deutlich reduzierten Arzneimittel-einsatz. Um das zu erreichen, schlägt der Beirat beispielsweise eindeutiger und zusätzliche gesetzliche Mindeststandards vor, ein mehrstufiges staatliches Tierschutzlabel, Qualifikationsnachweise und Fortbildungsverpflichtung für TierhalterInnen und TierbetreuerInnen sowie Prämien und Kompensationszahlungen.

Damit die Fleisch- und Milchwirtschaft nicht in Länder mit geringeren Standards abwandern, muss die EU laut der WBA ihre Gesetze verschärfen. Dazu sollen unter anderem die Mindeststandards EU-weit erhöht, multilaterale Übereinkünfte geschlossen und Tierschutzvorschriften für die fehlenden Tierarten erlassen werden. [jb]

► Gutachten: [www.kurzlink.de/wba-tierhaltung15](http://www.kurzlink.de/wba-tierhaltung15)

### Legehennen

## Länder wollen Ende der Kleingruppenhaltung

■ Ende März hat der deutsche Bundesrat über die Käfighaltung von Hühnern beraten. Die Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hatten einen Antrag zur tierrgerechten Haltung von Legehennen gestellt, um die Kleingruppenhaltung schnell zu beenden.

In dieser Haltung leben bis zu 60 Hennen zusammen in engen Käfigen. Jede von ihnen hat nur 800 Quadratzentimeter Platz. Das ist so wenig wie eine DIN-A4-Seite und ein Bierdeckel. Aufgrund des extremen Platzmangels und fast durchgehenden Gitterbodens entwickeln die Tiere Verhaltens- und Gesundheitsstörungen. Tageslicht oder frische Luft lernen sie nie kennen. Bereits im März 2012 hatte der Bundesrat die Auslaufrfrist für die Kleingruppenkäfighaltung von Legehennen bis 2023 beschlossen. Da die Bundesregierung diese jedoch nie verkündet hat, ist sie ungültig. [as]

► Vier Pfoten – Stiftung für Tierschutz, Hamburg, Melitta Töller, Tel. +49 (0)40 / 39924966, Fax: -99, E-Mail: [melitta.toeller@vier-pfoten.org](mailto:melitta.toeller@vier-pfoten.org), [www.vier-pfoten.de](http://www.vier-pfoten.de)

### Chemikalienforschung

## ECHA bleibt tatenlos gegen Tierversuche

■ Die Tierrechtsorganisation PETA (People For Ethical Treatment Of Animals) fordert den Direktor der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA), Geert Dancet, in einem offenen Brief auf, die Anwendung von Tierversuchen in Europa zu minimieren und alternative Verfahren einzuführen.

2014 hatte die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly nach einer Beschwerde von PETA festgestellt, dass die ECHA nicht genug für die Verringerung von Tierversuchen tut. Dass die ECHA nicht sicherstellt, dass die Industrie Tier-

versuche nur als letzte Option nutzt, bedeute eine informelle Abänderung der Regulierung zur Registrierung, Evaluierung, Autorisierung und Restriktion von Chemikalien (REACH).

PETA befürchtet, dass sich die Zahl der in vermeidbaren Tierversuchen unter REACH gequälten und getöteten Tiere weiter erhöhen wird. Bereits jetzt sind es geschätzt 100.000. Bis zum 5. Mai 2015 können Menschen den Brief von PETA unterzeichnen. [as]

- Offener Brief an ECHA:  
[www.kurzlink.de/peta-brief-echa2015](http://www.kurzlink.de/peta-brief-echa2015)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### EU-Investitionspaket

## Sozialere und nachhaltigere Projekte gefordert

■ Umweltverbände und Gewerkschaften haben im März den Europäischen Rat und das Europaparlament aufgefordert, den neuen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf die Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 auszurichten.

Mit Investitionen von 315 Milliarden Euro will die Europäische Kommission über den EFSI Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen. Das Geld soll die aktuellen Marktschwächen korrigieren und weiteres Kapital mobilisieren. Das Bündnis „Semesterallianz“ aus 16 EU-Netzwerken von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften befürwortet zwar die Bemühungen der Kommission um zusätzliche Investitionen, doch es kritisiert, dass die Strategie Europa 2020 dabei nur eine untergeordnete Rolle einnimmt.

Um die Ziele der Europa-2020-Strategie zu erreichen, müssen nach Meinung der Semesterallianz Änderungen am Entwurf des Investitionspakets vorgenommen werden. So sei der EFSI auf die Europa-2020-Strategie auszurichten und auf deren fünf

Ziele zu fokussieren. Damit würden die Investitionen besonders soziale und nachhaltige Projekte unterstützen. Außerdem müsste der Entscheidungsprozess transparent und demokratisch sein. Der Semesterallianz zufolge wird der Investitionsplan scheitern, wenn der Fokus nicht in der Förderung von hochwertigen Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum, sondern auf kurzfristigen Gewinnen liegt.

Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie Europa 2020 soll Grundlagen für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum schaffen. Für das Jahr 2020 hat die EU sieben Leitinitiativen und fünf Kernziele zu Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft, Bildung sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung festgelegt. Das Europäische Semester dient als Hilfestellung und Zeitplan, um diese zu erreichen. Es sieht außerdem eine Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und der Beschäftigungspolitik vor. Die Europäischen Leitinitiativen und Kernziele sollen in nationale Ziele übersetzt werden.

Das EU-Parlament stimmt im Mai über den EFSI ab. Im April votierte der Industrieausschuss knapp für eine zweckgebundene Mittelvergabe für Energiesparmaßnahmen (Klima & Energie, S. 13). [jb, am]

- [www.semesteralliance.net](http://www.semesteralliance.net)
- Kommissionsmitteilung zum EFSI:  
[www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0903&from=DE](http://www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52014DC0903&from=DE)

### Bürgerbeteiligung

## Drei Jahre EBI – zurückhaltende Bilanz

■ Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) sollte die EU 2012 den BürgerInnen näherbringen. Von bislang 51 eingereichten EBIs erreichten drei die notwendige Unterschriftenzahl von einer Million innerhalb eines Jahres. Die EU-Kommission wertete dies in einem Bericht im April als Zeichen, dass die EBI

als Instrument der Bürgerbeteiligung funktioniert, betonte aber, dass die Verfahren verbessert werden könnten.

Um eine EBI anzumelden, müssen sich Personen aus sieben EU-Staaten zusammenschließen. Nach der erfolgreichen Registrierung bei der EU-Kommission haben die Organisatoren ein Jahr Zeit für die Unterschriftensammlung. Neben dem EU-weiten Ziel von einer Million TeilnehmerInnen müssen in einem Viertel der EU-Staaten Quoren erreicht werden.

28 eingereichte Initiativen verfehlten in den letzten drei Jahren die notwendige Unterschriftenzahl oder wurden von den Initiatoren zurückgezogen. 20 EBIs lehnte die Kommission schon vor der Registrierung ab – das darf sie, wenn keine Kommissionszuständigkeit erfüllt ist oder das Ziel der EBI gegen die europäischen Verträge verstößt. Die Ablehnung einer EBI zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA im letzten Herbst ließ allerdings Zweifel aufkommen, ob die Entscheidung über die Registrierung immer nach formalen Gesichtspunkten erfolgt.

Die bisher einzige erfolgreiche EBI im Umweltbereich ist die Initiative für das Recht auf Wasser mit dem Ziel, das Menschenrecht auf Wasser in EU-Recht umzusetzen und beispielsweise Privatisierungen in dem Sektor zu verhindern. 1,9 Millionen Menschen hatten sie EU-weit unterzeichnet. Die Reaktion der EU-Kommission werteten die Organisatoren allerdings als enttäuschend – die Behörde hatte lediglich eine Konsultation zu dem Thema geschaltet und keinen Legislativvorschlag unterbreitet (umwelt aktuell 05.14, S. 26). Kritiker der EBI sehen sich durch diesen Umgang der Kommission mit dem Instrument in ihrer Skepsis bestätigt und fordern deshalb auch Bürgerentscheide auf EU-Ebene – die EBI kann die Kommission eben nur zwingen, sich mit einem Thema zu befassen, nicht aber bestimmen, wie sie dies tut. [am]

- Bericht der EU-Kommission:  
[www.ec.europa.eu/transparency/eci\\_report\\_2015\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/transparency/eci_report_2015_en.pdf)
- DNR-Steckbrief zur EBI:  
[www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf)

Deregulierung**EU-Abgeordnete nehmen Stellung zu REFIT**

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat im März eine Stellungnahme zum Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) erarbeitet. In dem Bericht von dem Berichterstatter Giovanni La Via (EVP) lobt der Ausschuss das Ziel, unnötige administrative Lasten abzuschaffen, äußert aber auch Bedenken über die mögliche Deregulierung in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit.

Im Juni 2014 hat die EU-Kommission eine Zwischenbilanz zum Bürokratieabbau gezogen und weitere Schritte der Deregulierung angekündigt. Seit der Initiative vom REFIT-Programm im Dezember 2012 hat die EU-Kommission mittlerweile 126 Gesetzesvorhaben zurückgezogen, darunter die EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie und die Richtlinie zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Umweltverbände hatten mehrfach ihre Besorgnis über den Deregulierungsvorstoß der Kommission geäußert, da dieser das Vorsorgeprinzip aufweiche.

Das Europäische Parlament erarbeitet derzeit eine Stellungnahme zur Zwischenbilanz der Kommission zu REFIT, in die der Bericht aus dem Umweltausschuss einfließen wird. Auch der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat im März eine Stellungnahme zu REFIT erarbeitet. Die Berichterstatterin Sylvia Yvonne Kaufmann (SPD, S&D) ist verantwortlich für die Stellungnahme des gesamten EU-Parlaments zum REFIT-Programm. Da die EU-Kommission im April ihr nächstes Paket zur besseren Rechtsetzung angekündigt hat und dieses in der Stellungnahme des Europäischen Parlaments Berücksichtigung finden soll, wird das Plenum des Europäischen Parlaments voraussichtlich erst im Juni darüber abstimmen. [bv, jb]

► [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-deregulierung-entdemokratisierung.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-deregulierung-entdemokratisierung.pdf)

Bürokratiekosten**Bundesumweltministerium verursacht am wenigsten**

■ Das Statistische Bundesamt hat im März neue Zahlen über die Bürokratiekosten für die Wirtschaft veröffentlicht. Demnach entstehen für die Wirtschaft durch die rund 13.800 Informationspflichten im laufenden Jahr Bürokratiekosten von knapp 43 Milliarden Euro. Die höchsten Kosten für die Wirtschaft verursachen dabei Bürokratiekosten des Bundesfinanzministeriums mit 17,4 Milliarden Euro und des Bundesjustizministeriums mit 11 Milliarden Euro.

Die vom Bundesumweltministerium verursachten Bürokratiekosten für die Wirtschaft machen mit 1,2 Milliarden Euro nur einen geringen Teil der Kosten aus. Das Finanzministerium ist mit 3.667 Informationspflichten für die Wirtschaft (Anträge, Meldungen, Statistiken, Nachweise) der Bürokratie-Spitzenreiter unter den deutschen Ministerien, gefolgt vom Bundeslandwirtschaftsministerium (1.817) und dem Bundeswirtschaftsministerium (1.770). Das Umweltministerium verlangt von der Wirtschaft 1.255 Informationspflichten.

Auf der Dokumentation dieses Erfüllungsaufwands aufbauend werden bestehende bundesrechtliche Regelungen analysiert und Vorschläge zur Verringerung der Belastung entwickelt. Diesen Bürokratieabbau sieht die Bundesregierung als Rechtsvereinfachung unter Wahrung der bestehenden Schutzstandards. So steht es auch im 2014 beschlossenen Arbeitsprogramm Bessere Rechtsetzung der Bundesregierung: „Zwischen den Zielen Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung sowie anderen Politikzielen ist stets eine ausgewogene Balance herzustellen. Die Bundesregierung versteht dabei Bürokratieabbau stets als Vereinfachung unter Wahrung der bestehenden Schutzstandards und nicht als deren Absenkung.“ [bv, jb]

► Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2014 Bessere Rechtsetzung: [www.kurzlink.de/bessere-rechts-d2014](http://www.kurzlink.de/bessere-rechts-d2014)

Umweltbewusstseinsstudie 2014**Umweltschutz als Antwort für wirtschaftlichen Wandel**

■ Umweltschutz ist die Lösung, nicht das Problem. Das ist der Tenor der Ende März erschienenen Bevölkerungsumfrage des Umweltbundesamtes (UBA). Demnach hält nur noch ein Fünftel der Deutschen Umweltschutz für eines der dringendsten Probleme. Gleichzeitig hält die Mehrheit wirksamen Umwelt- und Klimaschutz für eine Voraussetzung, um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Herausforderungen wie die Globalisierung zu meistern. Das Regierungshandeln wird in diesem Zusammenhang von zwei Dritteln der Bevölkerung als nicht ausreichend bewertet. Die repräsentative UBA-Studie untersucht seit 1996 alle zwei Jahre das Umweltbewusstsein in der deutschen Bevölkerung.

Die Umfrage zeigt, dass Wachstumskritik oder zumindest Wachstumsskepsis mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. 72 Prozent der Befragten zweifeln am Modell des unendlichen Wirtschaftswachstums und nur ein Fünftel findet es richtig, Umweltmaßnahmen zurückzustellen, um Wachstum zu sichern. Ein weiteres, überraschendes Ergebnis der Studie ist, dass im Autoland Deutschland eine große Mehrheit von über 80 Prozent eine Abkehr vom Autoverkehr und Hinwendung zum öffentlichen Nah- und Fahrradverkehr sowie zu kurzen Fußwegen befürwortet.

Neben Einstellungen wurden die Studienteilnehmer auch zu ihrem Konsumverhalten befragt. Dabei wurde deutlich, dass der Konsum ökologischer Produkte stark schwankt. So achten deutlich mehr Menschen auf die ökologischen Auswirkungen, wenn sie beispielsweise Putzmittel oder Haushaltsgeräte kaufen als wenn sie ihre Garderobe erneuern. Dies liegt laut UBA auch am Angebot. So habe Biobaumwolle bisher nur einen Marktanteil von einem Prozent. [am]

► UBA-Umfrage 2014: [www.kurzlink.de/uba-umweltb-2014PDF](http://www.kurzlink.de/uba-umweltb-2014PDF)

Bundeshaushalt

## Weniger Gelder für Nachhaltigkeitsforschung

■ Bundesforschungsministerin Johanna Wanka hat den Etat für Forschung im Bereich Nachhaltigkeit um rund 20 Prozent gekürzt. Das berichteten die Umweltverbände DNR, NABU und BUND Anfang April unter Verweis auf ein ihnen vorliegendes Papier, das die Einschnitte im Forschungsministerium (BMBF) dokumentiert. Daraus gehe hervor, dass die Bereiche Klima, Biodiversität und Globalisierte Lebensräume um 17,5 Prozent gekürzt wurden. Der Bereich nachhaltige Gesellschaftswissenschaften muss sogar 19 Prozent seines ohnehin bescheidenen Etats einsparen. „Deutlicher kann sich das BMBF von seinen Lippenbekenntnissen zur Einbeziehung der Gesellschaft in den Wandel zu nachhaltigen Lebens- und Konsummustern nicht distanzieren“, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. Grund für die Einsparung ist die Finanzierung des Betreuungsgeldes. Vor allem um Gelder für die sogenannte Herdprämie freizumachen, muss das Forschungsministerium 2015 480 Millionen Euro einsparen. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/dnr-pm-nachhalt15](http://www.kurzlink.de/dnr-pm-nachhalt15)
- ▶ DNR, Generalsekretärin Liselotte Unselde, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-99, Fax -80, E-Mail: [liselotte.unselde@dnr.de](mailto:liselotte.unselde@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- ▶ NABU, Referentin für nachhaltige Forschung Steffi Ober, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1612, E-Mail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrsemissionen

## Industrie will saubereren Transport

■ Die Gemeinschaft der Europäischen Bahnen, die europäische Interessenvertretung der Eisenbahnverkehrs- und Eisen-

bahninfrastrukturunternehmen will, dass das Ziel der Europäischen Union, bis 2050 die Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich um 60 Prozent zu verringern, verbindlich wird.

Das forderte der Verband auf einem Treffen zur Zwischenbewertung des Weißbuchs Verkehr im März in Brüssel, wie der europäische Umweltinformationsdienst ENDS Europe berichtete. Dort traf der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments InteressenvertreterInnen, um seine Position für die Zwischenbewertung festzulegen. Derzeit evaluiert die EU-Kommission die Erreichung der Ziele der Verkehrsstrategie bis 2020. Ende des Jahres will sie Vorschläge zur besseren Zielerreichung vorlegen. [ej]

- ▶ ENDS Europe: [www.endseurope.com](http://www.endseurope.com)
- ▶ Arbeitsdokument des Verkehrsausschusses: [www.kurzlink.de/trans11032015](http://www.kurzlink.de/trans11032015)

Elbvertiefung

## Naturnahe Elbe erhalten

■ Die NaturFreunde Deutschlands lehnen die zuletzt von der Kammerunion Elbe/Oder und anderen VertreterInnen aus Wirtschaft und Politik erhobenen Forderungen nach der ganzjährigen Schifffbarkeit der Elbe und der damit verbundenen Vertiefung des Flusses ab.

Die Elbe ist einer der wenigen naturnahen Flüsse in Mitteleuropa. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schreibt einen „guten oder sehr guten“ ökologischen Zustand von Flüssen vor. Laut den NaturFreunden ist eine Elbvertiefung ökologisch nicht vertretbar und widerspricht EU-Vorschriften. Zudem würde auch eine Vertiefung die ganzjährige Schifffbarkeit nicht gewährleisten, da die Elbe nicht genug Wasser führe. Deshalb müssten PolitikerInnen ReederInnen bewegen, ihre Flotte dem Fluss anzupassen, anstatt im Interesse der Industrie ein UNESCO-Biosphärenreservat zu opfern.

Die NaturFreunde fordern deshalb Landes- und BundespolitikerInnen zur naturnahen Erhaltung der Elbe auf. Dies

## DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!



## GÜNSTIGES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 19,- Euro (inkl. Versand in Dtl.) statt 35,50 Euro

Die Zeitschrift Ökologisches Wirtschaften schließt die Lücke zwischen Theorie und Praxis einer nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft.

**JETZT PROBEABO ANFORDERN!**

Bestellung an: [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)

Leseprobe, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen: [www.oekologisches-wirtschaften.de](http://www.oekologisches-wirtschaften.de)

**oekom**  
verlag

## Nachhaltigkeit

## A-Z

A wie  
Anregungen

Hören, fühlen, schmecken, Spuren suchen, Bäume pflanzen, Nahrung finden... Im Wald und mit dem Wald erfahren Kinder Neues mit allen Sinnen. Viele Ideen und Anregungen rund um den Lernort Wald finden Lehrkräfte und Waldpädagog(inn)en in dieser Bildungsmappe. Drei Unterrichtseinheiten für die 3. Jahrgangsstufe sind darin detailliert ausgearbeitet und umfassen neben einem genauen Unterrichtsablauf zahlreiche Unterrichtsmaterialien wie Arbeitsblätter, Tafelbilder und Spielideen zum kostenlosen Download.

R. Vogl, H. Mandl, M. Meixner, S. Klatt  
**Innovative Waldprojekte**  
Bildung für nachhaltige Entwicklung  
in der Grundschule

208 Seiten, kartonierter Bildungsordner  
mit Arbeitsmaterialien, 29,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-717-4

Erhältlich bei  
www.oekom.de  
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**  
Die guten Seiten der Zukunft

würde den naturnahen und nachhaltigen Tourismus stärken und einen Beitrag zum ökologischen Hochwasserschutz leisten. [ej]

- Mitteilung der Naturfreunde Deutschlands:  
[kurzlink.de/nabu27032015](http://kurzlink.de/nabu27032015)

Straßenverkehrsabgabe**Bundestag stimmt Maut zu**

■ Ende März hat der Bundestag die von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) vorgelegten Gesetzentwürfe zur Pkw-Maut sowie zur Ausweitung der Lkw-Maut beschlossen. Die Lkw-Maut wird ab Juli auf weitere etwa 1100 Kilometer autobahnähnliche vierspurige Bundesstraßen ausgeweitet. Ab Oktober werden dann auch Lkws mit einem Gewicht zwischen 7, 5 und 12 Tonnen in das Mautsystem einbezogen.

2016 soll die sogenannte Ausländermaut für Pkws eingeführt werden. BundesbürgerInnen sollen über die Kfz-Steuer von der Abgabe entlastet werden. Mehrere Gutachten, beispielsweise des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, haben die Abgabe als nicht vereinbar mit geltendem EU-Recht eingestuft (umwelt aktuell 02/2015, S. 25). Regierungs- und Oppositionsparteien haben unterschiedliche Auffassungen über die Konformität des Gesetzentwurfs mit Europarecht und die Höhe der zu erwartenden Einnahmen.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert die Abgabe als eine vertane Chance, da sie von dringenden Reformen im Verkehrssektor ablenke und auf jede ökologische Lenkungswirkung verzichte. „Noch immer werden viele Milliarden Euro in fragwürdige Verkehrsprojekte gesteckt, anstatt die dringend notwendige Sanierung von Bahnstrecken, Schleusen, Kanälen oder der rund 40.000 Brücken an Bundesfernstraßen in Angriff zu nehmen. Eine an den Fahrzeugemissionen und den zurückgelegten Entfernungen ausgerichtete Pkw-Maut könnte dazu beitragen, dass Deutschland seine im Verkehrssektor geplante Einsparung von etwa

15 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2020 auch tatsächlich erreicht“, sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND. [ej]

- Mitteilung Bundestag:  
[www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw13\\_de\\_pkw\\_maut/366678](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2015/kw13_de_pkw_maut/366678)
- Mitteilung des Verkehrsministeriums:  
[www.kurzlink.de/bmvi2703](http://www.kurzlink.de/bmvi2703)
- Mitteilung BUND:  
[www.kurzlink.de/bund2703](http://www.kurzlink.de/bund2703)

## WASSER &amp; MEERE

Freihandelsabkommen**Menschenrecht Wasser**

■ Das Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU bedroht eine nachhaltige Wassernutzung. Darauf wiesen Entwicklungs- und Umweltverbände und Initiativen der öffentlichen Wasserwirtschaft anlässlich des Weltwassertages 2015 am 22. März hin. Sie fordern weltweit den Zugang und das Recht auf sauberes Wasser und das Verbot der Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser. Diese Bemühungen würden jedoch durch Freihandelsabkommen wie TTIP verhindert.

„Trink- und Abwasserversorgung dürfen nicht unter die fortschreitende Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung fallen. Wasser ist ein Gemeingut und muss unter demokratisch legitimer Kontrolle bleiben. Daher muss es explizit von den Verhandlungen der derzeitigen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und Co sicher ausgeschlossen werden“, sagte Nelly Grotfeldt vom Forum Umwelt und Entwicklung und Koordinatorin des Netzwerks TTIP unfairHandelbar.

Wasser ist auch einer der zahlreichen Aspekte der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Derzeit berät die Staatengemeinschaft über Ziele für nachhaltige Entwicklung, die die 2015 auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele ablösen und eine global nachhaltige Entwicklung auf ökonomi-

scher, sozialer sowie ökologischer Ebene absichern sollen (umwelt aktuell 04/2015, S. 10). „Bei der Post-2015-Agenda muss darauf geachtet werden, dass einerseits ein eigenständiges Ziel zu Wasser und sanitärer Grundversorgung erhalten bleibt, andererseits kein Einfallstor für Gewinnmaximierungsinteressen privater Investoren geschaffen wird“, betonte Christa Hecht, Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft. [ej]

- Meldung Forum Umwelt und Entwicklung: [www.kurzlink.de/forumue2103](http://www.kurzlink.de/forumue2103)

## EU-Wasserrecht

### Ökologischer Zustand: nicht ausreichend

■ Aufgrund jahrzehntelanger Schädigung und ineffizienter Bewirtschaftung liegt das Ziel eines guten Umweltzustands für alle EU-Gewässer noch in weiter Ferne. Das geht aus einer Mitteilung und zwei Berichten der EU-Kommission vom März zum Zusammenhang zwischen Wasserpolitik und grünem und blauem Wachstum hervor. Demnach wurde ein wichtiges Ziel des EU-Wasserrechts, nämlich die Herstellung eines guten ökologischen Zustands bis 2015, bei fast der Hälfte aller EU-Oberflächengewässer noch nicht erreicht. Besonders ausgeprägt seien die Lücken bei der Überwachung des chemischen Zustands der Oberflächengewässer. 40 Prozent der Gewässer sind noch nicht erfasst.

Laut Kommission entstehen besonders große Probleme durch die übermäßige Wasserentnahme zur Bewässerung im Mittelmeerraum und am Schwarzen Meer, die weitverbreitete Belastung durch Düngemittel aus der Landwirtschaft und Eingriffe in Flussläufe infolge schlecht geplanter Wasserkraft- oder Hochwasserschutzanlagen sowie Maßnahmen zur Förderung der Schifffahrt. Dies wiederum verursache zusätzliche Kosten bei der Wasseraufbereitung und Risiken für die menschliche Gesundheit.

Zwei Hintergrundpapiere informieren über die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und die Hochwasserrichtlinie. Darin gibt die EU-Kommission den Mitgliedstaaten entsprechende Empfehlungen. In fünf weiteren Berichten werden die Bewirtschaftungspläne für die Flusseinzugsgebiete der Mitgliedstaaten bewertet, die bei der Bewertung der Kommission von 2012 nicht berücksichtigt worden waren. [Quelle: UWD]

- UWD: [www.umweltdachverband.at](http://www.umweltdachverband.at)
- Mitteilung der EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/15/4574)
- WRRL-Umsetzungsberichte (engl.): [www.ec.europa.eu/environment/water/water-framework/impl\\_reports.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/water/water-framework/impl_reports.htm)

## Meeresschutz

### Nutzungsfreie Zonen und weniger Gülle gefordert

■ Um Nord- und Ostsee zukünftig besser zu schützen, haben der Bund und die Küstenländer Ende März ein Maßnahmenpaket für den Zeitraum von 2016 bis 2021 vorgelegt. Der Programmentwurf umfasst 31 Maßnahmen, die unter anderem Abfall im Meer, Unterwasserlärm und Luftschadstoffemissionen von Schiffen reduzieren sowie maritime Biodiversität schützen sollen. Die Maßnahmen bauen auf die Umweltziele von 2012 für die deutschen Meeresgewässer im Rahmen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie für das Erreichen eines guten Umweltzustands bis 2020 auf.

Umweltverbände fordern die Regierung zu Nachbesserungen bei dem Meeresschutzprogramm auf. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Deepwave, die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace, der NABU, die Schutzstation Wattenmeer, Whale and Dolphin Conservation (WDC) und der WWF fordern insbesondere nutzungsfreie Zonen in den Meeresschutzgebieten, Gewässerrandstreifen von mindestens zehn Metern und Beschränkungen des Düngemittelsatzes und der Gülleausbringung.

„Der vorliegende Entwurf enttäuscht. In dieser Form wird er kaum verhindern, dass Düngemittel, Pestizide und andere Gifte aus der Landwirtschaft oder der Industrie in die Meere gelangen. Maßnahmen zur Beschränkung der Fischerei fehlen, obwohl in Stellnetzen unzählige Schweinswale und Seevögel als Beifang verenden. Selbst in Schutzgebieten dürfte somit weiterhin der Meeresboden mit Grundschieppnetzen umgepflügt werden“, kritisieren die Organisationen.

Verbände und BürgerInnen können bis zum 30. September schriftlich beim Umweltbundesamt (UBA) Stellung zu dem Programmentwurf nehmen. Ende März 2016 melden Bund und Küstenländer das Ende 2015 fertigzustellende Programm der EU-Kommission. [ej]

- Mitteilung des UBA: [www.umweltbundesamt.de/themen/jetzt-beteiligen-massnahmenprogramm-fuer-nord](http://www.umweltbundesamt.de/themen/jetzt-beteiligen-massnahmenprogramm-fuer-nord)
- Mitteilung der Verbände: [www.kurzlink.de/ms0904](http://www.kurzlink.de/ms0904)

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

### Freihandel

### Globaler Aktionstag war erfolgreich

■ Ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Umweltverbänden, Gewerkschaften, LandwirtInnen, Jugendlichen und indigenen Bewegungen hatte am 18. April zum globalen Aktionstag gegen Freihandel aufgerufen. Ihre Ziele: das Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP stoppen und eine Wirtschaft fördern, die den Menschen und der Umwelt dient. Allein in Deutschland gingen Zehntausende auf die Straße.

Zurzeit werden weltweit viele Freihandels- und Investitionsabkommen verhandelt, die oftmals die Investorenrechte stärken und Umwelt- sowie andere Standards gefährden können, wie etwa das

Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), zwischen EU und Kanada (CETA) oder das internationale Abkommen zur Liberalisierung von Dienstleistungen (TiSA). [lr]

- ▶ [www.globaltradeday.com](http://www.globaltradeday.com)
- ▶ [www.ttip-unfairhandelbar.de](http://www.ttip-unfairhandelbar.de)

#### TiSA-Abkommen

### Mehr Transparenz gefordert

■ Die lobbykritische Organisation Lobbycontrol fordert EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström dazu auf, die Verhandlungen zum internationalen Dienstleistungsabkommen TiSA transparent zu gestalten. Jeder kann den Aufruf online unterstützen. Bisher nehmen 50 Staaten an den Verhandlungen teil, darunter auch alle Mitgliedstaaten der EU. Die Verhandlungen finden außerhalb des WTO-Rahmens statt, weshalb die Transparenzregeln der Welthandelsorganisation hier nicht angewendet werden. Es wird vermutet, dass das Abkommen weltweit große Auswirkungen haben wird. Die Liberalisierung von Dienstleistungen kann Bereiche wie Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung oder Medien umfassen. Lobbycontrol fordert daher von der EU eine Offenlegung der Verhandlungspositionen für alle Verhandlungsbereiche, die Veröffentlichung des gemeinsamen Verhandlungstextes sowie regelmäßige öffentliche Konsultationen rund um die TiSA-Verhandlungen. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/lobbycontrol-tisa15](http://www.kurzlink.de/lobbycontrol-tisa15)
- ▶ [www.ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa](http://www.ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/tisa)

#### TTIP-Abkommen

### Umweltschutzstandards gefährdet

■ Das Umweltbundesamt (UBA) zeigt die Risiken durch das Kapitel zur Regulatorischen Kooperation im geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Eu-

ropäischen Union und den Vereinigten Staaten (TTIP) auf. Das TTIP hat unter anderem das erklärte Ziel, durch die sogenannte Regulatorische Kooperation die Standards in der EU und den USA so weit wie möglich zu vereinheitlichen.

Für den Umweltschutz in der EU birgt eine nicht sachgerechte Gestaltung der Regulatorischen Kooperation jedoch erhebliche Risiken: Umweltstandards könnten sinken und die Umwelteigenschaften von Produkten gefährdet werden. In seinem Positionspapier zeigt das UBA, wie eine Harmonisierung der teilweise unterschiedlichen Schutzniveaus in EU und USA Standards verwässern könnte: „Der Hauptgrund für diese Risiken sind einige wesentliche Unterschiede zwischen der Umweltregulierung der EU und den USA; sie werden in diesem Papier erläutert. Darauf aufbauend leiten wir Chancen und Risiken einer Regulatorischen Kooperation auf Basis des EU-Vorschlags für den Umweltschutz ab und zeigen auf, wie die geplante Zusammenarbeit umweltverträglich gestaltet werden könnte.“ [Quelle: UWD, lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/uba-umweltschutzttip](http://www.kurzlink.de/uba-umweltschutzttip)

#### Ressourcenproduktivität

### Materialverbrauch in der EU um über ein Viertel gestiegen

■ Eurostat, das Statistikamt der Europäischen Union, hat Anfang April Zahlen veröffentlicht, die einen starken Anstieg der Ressourcenproduktivität in der EU belegen. Zwischen 2002 und 2013 stieg die Ressourcenproduktivität in der EU durchschnittlich um 27 Prozent.

Während der Anstieg zwischen 2002 und 2008 relativ gering war, gab es starke Anstiege von 2008 bis 2010 und von 2011 bis 2013. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den Rückgang ressourcenintensiver Industrien während der Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Ressourcenproduktivität berechnet sich anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) durch den Inlandsmaterialver-

brauch (DMC). Die Steigerung der Ressourceneffizienz ist Teil der Strategie Europa 2020 und wird auch ein wichtiger Teil des Pakets zur Kreislaufwirtschaft sein, dessen Beschluss in diesem Jahr erwartet wird. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/eurostat-ressprodukt](http://www.kurzlink.de/eurostat-ressprodukt)

#### Konfliktmineralien

### Gesetzgebung einen Schritt weiter

■ Am 14. April hat der internationale Handelsausschuss des Europäischen Parlaments dem Gesetzentwurf zur Eingrenzung von Konfliktmineralien zugestimmt.

Die EU-Kommission will ein freiwilliges Zertifizierungssystem etablieren, das Importeure, Schmelzer, und Raffinerien dazu animieren soll, Rohstoffe und Mineralien verantwortungsvoll zu fördern. In Konfliktregionen, wie etwa der Demokratischen Republik Kongo, finanzieren sich oftmals militärische Gruppen aus den Einnahmen durch den Verkauf von Mineralien.

Der Verordnungsvorschlag beschränkt sich auf Zinn, Wolfram, Tantal und Golderze. Diese Mineralien werden vorwiegend in elektronischen Geräten wie Handys und Laptops oder auch in Autos und Glühbirnen verarbeitet. Allein im Jahr 2013 war die EU für ein Viertel des weltweiten Handels mit Zinn, Wolfram, Tantal und Golderzen verantwortlich.

Bereits im vergangenen Jahr sprachen sich Nichtregierungsorganisationen wie Global Witness oder Germanwatch für eine ambitioniertere Gesetzesinitiative aus, die rechtlich bindende anstatt freiwillige Zertifizierung vorsieht. Einen Änderungsantrag, der eine verpflichtende Zertifizierung vorgeschlagen hatte, lehnte der Handelsausschuss ab. Als Nächstes stimmt das Plenum des EU-Parlaments über den Gesetzesvorschlag ab. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/ep-inta-konfliktmin](http://www.kurzlink.de/ep-inta-konfliktmin)

## THEMA

## Generationendialog: Gemeinsam gelingt Gerechtigkeit

Das Fazit des DNR-Projekts Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung ist: Es existiert ein weitgehend unentdecktes Potenzial in unserer Gesellschaft, das entscheidend zu einer nachhaltigeren, gerechteren Lebenswelt mit erhöhter Lebensqualität beitragen kann!

■ Der Suche nach neuen Ideen von Wohlstand und Lebensqualität im Einklang mit unserer natürlichen Umwelt stehen einige gesamtgesellschaftlichen Trends diametral entgegen. Höher, schneller, weiter, zudem flexibler, ungebundener und individualisierter, das ist das Credo der industrialisierten Wachstumsgesellschaft. Zwei Teilgruppen der Gesellschaft können diesen Trends häufig kaum etwas abgewinnen oder sind unverschuldet negativ durch sie betroffen: Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen. Gesetzt werden die Anforderungen von den Altersgruppen des mittleren Lebensdrittels. Die Bedürfnisse von Alt und Jung haben diese dabei kaum im Blick. Genau dies könnte ein Ansatz für einen starken, gemeinsamen Auftritt sein.

Betrachten wir beispielsweise das Thema Zeit. Ältere Menschen und Kinder empfinden Zeit häufig anders als Erwachsene des mittleren Drittels. Einerseits ist da das Gefühl, dass Zeit schneller verrinnt, andererseits geht in der Umsetzung aber alles langsamer und braucht mehr Zeit. Die Realität schreibt aber eher Überschriften wie „Schul- und Bildungszeit weiter verkürzt“, „Kürzungen schaden bedürfnisorientierten Pflege“, „keine Zeit für Kommunikation in der Familie“, und vieles mehr. Sei es die Geschwindigkeit an der Kasse beim Einkauf oder die auf dem Heimweg von der Schule nach Hause: Das Tempo wird selten den schwächsten Gliedern der Gesellschaft angepasst. Eher ist es umgekehrt: So ist beispielsweise der Begriff „Generation Rücksitzkinder“ entstanden, die die Welt nur noch durch die Autoscheibe vorbeirasen sieht.

Hier lässt sich sehr schön der Bogen auf das Feld Mobilität weiterspinnen. Nimmt man etwa die Bedürfnisse junger und älterer Menschen, die eine nachhaltige, Pkw-unabhängige, aber trotzdem selbstbestimmte Mobilität im urbanen Raum

betreffen, in den Blick, wird sofort klar: Die zerschnittene, auf schnelle und effiziente Verbindungen für Pkws ausgelegte Strukturierung von Städten ist für ihre sichere und selbstbestimmte Mobilität von großem Nachteil. Durchgängige (Rad-)Wegesysteme, sichere Streifräume vor allem für Kinder, Ruheräume und „Inseln“ zum Verweilen, breitere Fußwege, längere Ampelphasen, mehr Mittelinseln – die Liste der Notwendigkeiten ist endlos. Integrierte Konzepte für eine Stadt der kurzen und verbundenen Wege, ein flächendeckender, kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) mit Taktverdichtung und hoher Haltestellendichte, Barrierefreiheit – all dies könnten gemeinsame Forderungen von Alt und Jung sein. Für mehr Lebensqualität, Freiheit, die Rückgewinnung von Räumen und nicht zuletzt gegen den auch in der älteren Generation starken Trend zum umweltzerstörenden Privatwagen.

### Gemischte Wohnprojekte für mehr Miteinander

Es lohnt sich auch, einen Blick auf das Thema Wohnen zu werfen. Gerade für die junge und die ältere Generation können innovative, gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen und generationengerechte Quartiersgestaltung große Bedeutung erlangen: Beide Generationen sind häufig stärker gebunden an ihr Wohnumfeld als die mobile, flexible und Einkommen beziehende „mittlere“ Generation und damit abhängiger vom dort bestehenden Grad an Lebensqualität. Im Kontext zunehmender Flächenversiegelung durch den anhaltenden Trend zum Einfamilienhaus, innovativer Nahversorgungssysteme und intelligenter Netzwerke für Gemeinschaftsnutzung ist das Thema auch in ökologischer Hinsicht sehr relevant. In sozialer Hinsicht können hier wieder mehr Miteinander, gegenseitige Unterstützung und Generationenaustausch entstehen.

Der DNR hat sich aus diesen Gründen innerhalb seines Projektes „Generationendialoge für mehr ökologische Gerechtigkeit“ mit den Bedürfnissen und Herausforderungen junger und älterer Menschen auseinandergesetzt und nach Synergiepotenzialen gesucht. Im Projekt wurden verschiedene Workshops durchgeführt, bei denen sich Vertreterinnen und Vertreter von Alt und Jung mit Expertinnen und Experten zu den jeweiligen Themen ausgetauscht haben. Derzeit wird ein gemeinsames Diskussionspapier erarbeitet. Nicht nur die dort entwickelten Ergebnisse, sondern vor allem auch die Vernetzung stehen im Vordergrund. Denn fest steht, dass es viel mehr persönlichen Austausch zwischen den Altersgruppen geben muss.

Mit der Idee eines generationenübergreifenden Stadtrundgangs hat der DNR einen Anfang gemacht. Junge Menschen führten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der älteren Generation durch Projekte und tauschten sich dabei mit ihnen über neue und alte Ideen, Zukunft besser zu machen, aus. Auf der Tour erkundeten sie neben Urban Gardening und Repariercafés auch Tausch- und Leihläden.

Mittels gemeinsamer Projekte können beide Altersgruppen wechselseitig für die Qualitäten der anderen Seite sensibilisiert werden, Wertschätzung erfahren und im besten Falle erkennen, dass das jeweilige Pendant ein wichtiger Lobbypartner sein kann. Der DNR wird diese Vernetzung auch weiterhin im Blick behalten, denn letztlich würde sie nicht nur allen gesellschaftlichen Gruppen, sondern auch der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit an sich zugutekommen. **[Theresa Klostermeyer]**

► DNR, Theresa Klostermeyer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, E-Mail: [theresa.klostermeyer@dnr.de](mailto:theresa.klostermeyer@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de), [www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

## DNR INTERN

## EU-Koordination

## Infofahrt nach Brüssel

■ Um sich aus erster Hand über EU-Umweltpolitik zu informieren, sind bei der alljährlichen Lern- und Lobbyfahrt der EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings Ende März VertreterInnen deutscher Umweltschutzverbände nach Brüssel gefahren. Auf dem Programm der gut 20-köpfigen Gruppe standen neben einer Einführung in das politische System der EU Besuche bei Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission, der nordrhein-westfälischen Landesvertretung und MitstreiterInnen aus Brüsseler Umwelt-NGOs. Der agrarpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Europaparlament Martin Häusling hatte die Gruppe eingeladen. In den Gesprächen mit Abgeordneten aus den Ausschüssen für Umwelt, Landwirtschaft und Industrie ging es vor allem um TTIP, das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, Tierhaltung, die EU-Ökoverordnung, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU und die neue EU-Kommission unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Drei Tage lang erhielten die TeilnehmerInnen der Fahrt Einblicke in EU-Politik, lernten die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Beteiligter kennen und bekamen vermittelt, wie sie ihre Positionen selbst besser in Entscheidungsprozesse einbringen können. [Eric Janacek]

- DNR, Eric Janacek, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-81, E-Mail: eric.janacek@dnr.de

## Ökologische Gerechtigkeit

## Netzwerk weitergeflochten

■ Nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir die Transformation hin zu einer nachhaltig gerechten Gesellschaft vorantreiben. Das war das Fazit des Netzwerktreffens, zu dem der DNR im

März eingeladen hatte. Zwei Jahre nach dem ersten Vernetzungsworkshop „Ökologische Wende versus Sozialpolitik?“ trafen sich erneut VertreterInnen von Umweltorganisationen, Sozialverbänden, Entwicklungszusammenarbeit, Verwaltung und lokalen Initiativen, um über Schnittmengen zwischen Sozial- und Umweltpolitik zu diskutieren, die entstandenen Bündnisse zu reflektieren, Methoden und Instrumente zu prüfen sowie neue Themen und Ziele zu setzen.

In vier Diskussionsrunden diskutierten die TeilnehmerInnen, welche Faktoren hauptsächlich für eine themen- und verbandsübergreifende Zusammenarbeit ausschlaggebend sind. Welche Aspekte waren maßgebend für die Initiierung des Prozesses, welche für die gelingende Zusammenarbeit? Wo gab es Schwierigkeiten? Und wie könnte ein solcher Prozess nachhaltig weitergeführt sowie verstetigt werden? Die Quintessenz: Eine verbandsübergreifende Zusammenarbeit ist nicht immer einfach und stellt alle Beteiligten vor große Aufgaben. Aber soziale und ökologische Herausforderungen müssen zusammengedacht werden. Eine Kooperation liegt auf der Hand, scheint ein möglicher Ausweg aus der politischen Fixierung auf Einzelthemen zu sein und verleiht den Bündnissen politische Schlagkraft. Probleme der Ressortzuständigkeit könnten so zukünftig umgangen werden. Wichtig dabei ist die Bereitschaft, sich mit den Themen der anderen auseinanderzusetzen. Dabei gibt es viele Gemeinsamkeiten zu entdecken.

Echten Kooperationen steht heute noch teilweise das geltende Verwaltungsrecht, speziell die aktuelle Förderlogik, im Wege. Beispielhaft ist hier die gemeinsame Forderung der Kirchen-, Sozial- und Umweltverbände zu nennen, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Bundesfreiwilligendienst zu verankern. Sowohl die Ministerien und Behörden für Umweltbelange als auch die zuständigen staatlichen Stellen für Arbeit und Soziales lehnten Anträge mit der Begründung ab, sie seien nicht zuständig. [he]

- DNR, Hauke Ebert, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: hauke.ebert@dnr.de, www.dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Portraitserie

## Mitglieder des DNR

■ Die 100 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurportraits vorgestellt.

### Ökologischer Jagdverband (ÖJV)

1988 ist der ÖJV in Bayern und 1992 der Bundes-ÖJV als Dachverband ins Leben gerufen worden. Der ÖJV ist die Interessenvertretung von ökologisch ausgerichteten und dadurch am gesamten Naturhaushalt orientierten JägerInnen. Der Verband will, dass die Jagd als naturnahe Tätigkeit und ursprüngliche Form der Ressourcennutzung einen sinnvollen Platz in Natur und Gesellschaft erhält. Dazu sind auch die jagdrechtlichen Rahmenbedingungen zu ändern und zu modernisieren. Der ÖJV arbeitet eng mit den betroffenen Verbänden und Verwaltungen zusammen, um Konflikte mit Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Tierschutz zu mindern. Aktuell engagiert sich der ÖJV für die Rückkehr von Wölfen und Luchsen nach Deutschland. Er hat mittlerweile circa 1.900 Mitglieder, die in 12 Landesverbänden organisiert sind. Vorsitzende ist Elisabeth Emmert, gleichzeitig Mitglied im DNR-Präsidium, Stellvertreter ist Klaus Thiele vom ÖJV Bayern. [jib]

- ÖJV Geschäftsstelle, Heike Grumann, Herzogenaurach, Tel. +49 (0)9132 / 83699-13, E-Mail: bayern@oejv.de, www.oejv.de

### OroVerde – Die Tropenwaldstiftung

1989 hat Wolfgang Engelhardt, Ehrenpräsident des Deutschen Naturschutzrings, zusammen mit renommierten Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Naturwissenschaften die Tropenwaldstiftung OroVerde, auf Deutsch: Grünes Gold, gegründet. Seitdem engagiert sich die Stiftung für den

Schutz der Tropenwälder, mit dem Ziel, die Biodiversität und Klimafunktion des Waldes beizubehalten. OroVerde initiiert, konzipiert und finanziert Projekte zur Wiederaufforstung, Umweltbildung, Einführung waldschonender Wirtschaftsweisen und Einrichtung von Schutzgebieten. PartnerInnen vor Ort realisieren diese. Dabei begleiten ExpertInnen von OroVerde die Arbeit. Sie leisten Hilfe zur Selbsthilfe. In Deutschland konzentriert sich OroVerde auf die Umweltbildung und -information zu Tropenwäldern. Dazu gehören sowohl die Vermittlung zwischen Naturschutzorganisationen, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik als auch konkrete Aktionen. [as]

- OroVerde – Die Tropenwaldstiftung, Dr. Volkhard Wille, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 24290-0, Fax: -55, E-Mail: info@oroverde.de, www.oroverde.de

### POLLICHIA – Verein für Naturforschung und Landespflege

Die POLLICHIA ist 1840 in der Pfalz gegründet worden und hat 2.800 Mitglieder. Der Verein ist in Orts- und Kreisgruppen sowie in mehreren thematischen Arbeitskreisen organisiert. Seine Schwerpunkte liegen in der Förderung regionaler naturkundlicher Arbeit, in der Verbreitung dieses Wissens und im Natur- und Landschaftsschutz. Zu diesem Ziel trägt wesentlich das Pfalzmuseum für Natur-

kunde (Pollichia-Museum) bei, in dem die Sammlungen der POLLICHIA verwahrt, ausgewertet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die POLLICHIA kauft und unterhält schützenswerte Flächen. Für den Naturschutz wertvolle Gebiete in Rheinland-Pfalz konnten durch die Arbeit der POLLICHIA gesichert werden. Der Name des Vereins geht auf Johann Adam Pollich aus Kaiserslautern zurück, der im 18. Jahrhundert als Arzt und Botaniker arbeitete. [jb]

- POLLICHIA, Dr. Oliver Röller, Neustadt/Weinstraße, Tel. +49 (0)6321 / 921775, E-Mail: kontakt@pollichia.de, www.pollichia.de

## PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

### Deutscher Engagementpreis

#### Neuausrichtung

■ Der Deutsche Engagementpreis wird ausgedehnt: Von diesem Jahr an würdigt er nicht nur das freiwillige Engagement von Menschen, sondern auch all diejenigen, die dieses Engagement durch die Verleihung eines Preises sichtbar machen. Rund 500 verschiedene Auszeichnungen gibt es für die

23 Millionen bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland. Um zu zeigen, wie wichtig die Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement ist, sind die Preisträgerinnen und Preisträger der bestehenden regionalen wie überregionalen Engagement- und Bürgerpreise ab 2015 automatisch für den Deutschen Engagementpreis nominiert.

Neuer Förderer des Deutschen Engagementpreises ist neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Generali Zukunftsfonds die Deutsche Fernsehlotterie. Träger und Initiator ist das Bündnis Gemeinnützigkeit. Die Kategorien 2015 sind: Chancen schaffen, Grenzen überwinden, Leben bewahren, Generationen verbinden und Demokratie stärken. Sie sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Alle Ausrichter von Bürger- und Engagementpreisen erhalten eine Einladung, ihre Preisträgerinnen und Preisträger ins Rennen um den Deutschen Engagementpreis zu schicken. Eine Bewerbung ist nicht möglich. Eine Expertenjury bestimmt im September die Gewinnerinnen und Gewinner der fünf Kategorien.

Alle anderen Einreichungen stehen ab 15. September für sechs Wochen online zur öffentlichen Abstimmung über den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis. Die Preisverleihung ist am 8. Dezember in Berlin. [mbu]

- [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## L wie Lösungsansätze

Ob Erze, Wasser oder Energie: Dass die ökologischen Grenzen des Wachstums in vielen Bereichen bereits erreicht sind, ist bekannt. Wenn die Menschheit Konflikte, Krisen und Kriege vermeiden oder eindämmen möchte, muss sie sich neu erfinden – und die Wachstums- in eine Nachhaltigkeitsgesellschaft überführen. Die Auswirkungen der Ressourcenverknappung sind eine globale Angelegenheit. Bei den nötigen Maßnahmen unterscheiden sich notwendige Lösungsansätze von Land zu Land. Hier liegt der Fokus auf der Schweiz.

F. E. Cellier

**Zwischen Ressourcenverknappung und Versorgungssicherheit  
Zur Zukunft der schweizerischen Energieversorgung**

150 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-704-4

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[oekom@verlegerdienst.de](mailto:oekom@verlegerdienst.de)

Die guten Seiten der Zukunft



## TERMINE

## MAI

08.–09.05.,  
Wohlmirstedt (D)  
**Hohe Schrecke – Alter  
Wald mit Zukunft.**  
Tagung  
▶ BUND, naturstiftung

David, nicola.uhde@bund.net, www.bund.net/  
metanavigation/termine/

11.05., Düsseldorf (D)

**Forschungspolitik – ein lohnendes Thema für  
zivilgesellschaftliche Organisationen?** Workshop

▶ NABU NRW, Rabea Brandt, E-Mail: info@nabu-  
nrw.de, www.nrw.nabu.de

13.05., Berlin (D)

**Energiewende: Konsequenzen für den  
Industriestandort Deutschland?** Symposium

▶ ifo Institut für Wirtschaftsforschung und Sachver-  
ständigenrat für Umweltfragen, Jutta Albrecht-  
Saavedra, energiepolitik@ifo.de,  
www.umweltrat.de/SharedDocs/Termine

19.05, Bremen (D)

**Für alle größeren Unternehmen: Energieaudit  
wird Pflicht.** Seminar

▶ Energiekonsens, Eva Heumann, Tel. +49 (0)421 /  
37667155, E-Mail: heumann@energiekonsens.de,  
www.energiekonsens.de

20.–21.05., Münster (D)

**Schieneinfrastruktur – Fit für die Zukunft?!**  
Kongress

▶ Verband Deutscher Eisenbahn-Ingenieure e.V.,  
Siegfried Krause, Tel. +49 (0)30 / 22605790,  
E-Mail: service.gmbh@vdei.de,  
www.iaf-kongress.com

20.–22.05., Tutzing (D)

**Global Youth Climate Plan Conference.** Konferenz

▶ Evangelische Akademie Tutzing, E-Mail: pro-  
gramm@ev-akademie-tutzing.de,  
www.ev-akademie-tutzing.de/programm

21.05., Berlin (D)

**Tag gegen TTIP.** Informationsveranstaltung

▶ Deutscher Kulturrat, Olaf Zimmermann, Tel. +49  
(0)30 / 22605280, E-Mail: post@tag-gegen-ttip.  
de, www.tag-gegen-ttip.de

## JUNI

02.06., Berlin (D)

**Ob Bohrer oder Bagger – gemeinsame  
Strategien gegen fossile Ressourcenausbeutung.**

Podiumsdiskussion

▶ Deutscher Naturschutzring, Simon Straub, E-Mail:  
simon.straub@dnr.de,  
www.dnr.de/projekte/reform-des-  
bundesberggesetzes/index.html

11.–12.06., Wagenfeld (D)

**Moorschutz als kommunaler Beitrag zum  
Klimaschutz?** Konferenz

▶ European Land & Soil Alliance (ELSA). MOOR-  
WELTEN – Europäisches Fachzentrum Moor und  
Klima, Tel. +49 (0)5774 / 9978220, E-Mail: info@  
moorwelten.de, www.moorwelten.de

12.06., Bonn (D)

**Wird der Wald für den Klimaschutz verheizt?**

Tagung

▶ INFOE - Institut für Ökologie und Aktions-Ethno-  
logie, Sabine Schielmann, Tel. (0)221 / 7392871,  
www.infoe.de

13.06., Hohen Garbe an der Elbe (D)

**GEO-Tag der Artenvielfalt.** Aktionen

▶ GEO, Tom Müller, Tel. +49 (0)40 / 37032732,  
E-Mail: mueller.tom@expedition-vielfalt.de,  
www.geo.de/artenvielfalt

20.–21.06, Berlin (D)

**Langer Tag der StadtNatur.**

Umweltbildungsaktionen

▶ Stiftung Naturschutz Berlin, Franziska Pfeiffer, Tel.  
+49 (0)30 / 26394168, E-Mail: franziska.pfeiffer@  
stiftung-naturschutz.de,  
www.stiftung-naturschutz.de

25.06., Frankfurt/Main (D)

**Natur in der Stadt – Die Bedeutung des  
kommunalen Baumbestandes für Stadtökologie  
und Artenschutz.** Fachtagung

▶ Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN),  
Bundesamt für Naturschutz (BFN), Deutsche Gar-  
tenamtsleiterkonferenz e. V. (GALK),  
E-Mail: BBN-Info@bbn-online.de,  
www.bbn-online.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36  
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

## Impressum

umwelt aktuell Mai 2015

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband  
der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände  
(DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49  
(0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-  
munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,  
Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,  
www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hieh] (gesamtver-  
antwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internatio-  
nales, verantw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric  
Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Antje Mensen [am],  
Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggen [es]. **Redaktionelle  
Mitarbeit:** Aylin Sprünken [as], Jurek Brzoska [jb], Hauke  
Ebert [he], Theresa Klostermeyer [tk], EU-Umweltbüro des  
Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marien-  
str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581,  
E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** DLR (Titel), by Jenni Ottillie Keppler CC-BY-  
SA (S. 3). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček.

**Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG,  
D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White,  
100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime  
Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,  
Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:  
oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München,  
Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von  
Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-  
tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Heraus-  
gebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-  
terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-  
währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit  
der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.  
Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht  
mit denen der Förderer übereinstimmen.



Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kita

## Auf den Spuren der Nachhaltigkeit im Wald

Nachhaltigkeit bedeutet, nicht auf Kosten anderer Regionen oder zukünftiger Generationen zu leben. Der Grundstein dafür kann bereits in der Kita gelegt werden. Im Wald und vom Wald ausgehend bieten sich vielversprechende Möglichkeiten für eine kindgerechte Bildung für nachhaltige Entwicklung.

□ Wald hat Potenzial. Durch den regelmäßigen Aufenthalt in der Natur erkennen die Kinder die wechselseitige Abhängigkeit von ihr und erfahren sich als Teil des Ganzen. Zentrale Themen nachhaltiger Entwicklung wie z.B. Klimawandel, der Verlust der biologischen Vielfalt, Bodendegradation, Wasserfragen oder nachhaltiger Konsum lassen sich anschaulich am Thema Wald vermitteln. Eine besondere Herausforderung für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung im Wald ist es dabei, die komplexen inhaltlichen, pädagogischen und methodisch-didaktischen Anforderungen von BNE so umzusetzen, dass Wald nicht lediglich als Kulisse der Bildungsveranstaltung fungiert. Vielmehr gilt es Wald als erfahrbare, zu entdeckende Natur, als Lebensraum für eine Vielzahl von Arten, als Lebensgrundlage für Mensch und Tier sowie als Ressource zu berücksichtigen, die es weltweit und über Generationen hinweg zu erhalten gilt.

### BNE-Coaching

In einem vom Bundesverband der Natur- und Waldkindergärten (BvNW) und der Universität Freiburg initiierten und von weiteren Partnern unterstützten bundesweiten Projekt haben sich Experten aus der Praxis mit Experten aus Wissenschaft und Lehre zusammengetan, um gemeinsam Musterlösungen für eine Naturbildung für nachhaltige Entwicklung in der Kita zu entwickeln. Konkret wurden in dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der BINGO! Projektförderung Schleswig-Holstein geförderten Projekt FörsterInnen und ErzieherInnen aus 12 Bundesländern im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung qualifiziert und bei der Entwicklung von Praxisprojekten für die Kita gecoacht. Ferner standen die Akteure im

ständigen Dialog mit Partnern aus Korea und Japan, die ebenfalls BNE-Projekte für die Kita entwickelten. Entstanden sind 21 Projekte, in denen Kinder ausgehend von Beobachtungen im Wald forschend-erkundend und spielerisch-kreativ in Themenfelder nachhaltiger Entwicklung eintauchen und lernen, welchen kindgerechten Beitrag sie zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten können.

### LERNORT WALD IN DER KITA

#### Der Anspruch an die Praxis

Die entwickelten Projekte folgen den aktuell diskutierten Anforderungen von Bildung für nachhaltige Entwicklung. Fragen weltweiter und generationenübergreifender Gerechtigkeit sind dabei ebenso Thema wie zum Beispiel Zusammenhänge ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte nachhaltiger Entwicklung, die Reflexion des eigenen Handelns in diesen Zusammenhängen sowie die Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, um sich altersgemäß an der Gestaltung nachhaltiger Entwicklung zu beteiligen. Dabei gehen alle Projekte von einem beobachtbaren Phänomen im Wald aus und führen zu einem Themenfeld nachhaltiger Entwicklung, das im Alltagsleben der Kinder von Bedeutung ist und konkrete Handlungsmöglichkeiten bietet.

Besonderer Wert wurde zudem auf eine partizipative Projektentwicklung gelegt. Das heißt, die Projekthinhalte werden den Kindern nicht einfach „übergestülpt“, sondern gehen von Entdeckungen und daraus resultierenden Fragestellungen der Kinder aus und setzen so unmittelbar an dem vorhandenen Wissen und den Interessen der

Kinder an. Ein weiterer Anspruch an die zu entwickelnden Projekte ergibt sich aus der Komplexität von Nachhaltigkeitsthemen, die nicht allein aus einer Sichtweise oder Fachrichtung heraus erfasst werden können. Aus diesem Grund werden neben der forstlichen Expertise weitere das Projektthema betreffende Fachrichtungen berücksichtigt – dies durch Einbindung von Fachleuten und/oder den Besuch weiterer Lernorte neben Kita und Wald.

Die in den Projekten angewandten methodisch-didaktischen Herangehensweisen orientieren sich an dem Anspruch der Ganzheitlichkeit. Im Idealfall schließen die Projekte mit einem „Handlungsprodukt“ ab, das in der Öffentlichkeit präsentiert wird. Dies kann eine Ausstellung, ein Theaterstück oder ein Aktionstag sein. Die Projekte richten sich in erster Linie an Vorschulkinder und eignen sich damit auch für ein gemeinsames Lernen von Kita-Kindern und Grundschulern im Lernübergang Kita zu Grundschule.

#### BNE konkret

Das Themenspektrum der entwickelten Projekte ist groß. So verfolgt eines dieser Projekte den Weg von der Keimung des Baumes bis zu seiner Fällung und Verarbeitung. Die Kinder lernen die Arbeit des Försters kennen und dürfen selber bei der Aufarbeitung der Hölzer im Wald sowie bei der Herstellung der Bauklötze mitwirken. So erfahren sie Schritt für Schritt, dass Nutzen, Schützen und Genießen des Waldes eng miteinander zusammenhängen.

Ein anderes Projekt geht der Frage nach, wie der Saft in den Apfel kommt und warum die Supermarktäpfel viel schöner sind als die aus Omas Garten. Dabei beobachten die Kinder einen Apfelbaum im Verlauf der Jahreszeiten. Sie lernen den

Wildapfel im Wald, Streuobstwiesen und Plantagenwirtschaft kennen und stellen auch selber leckere Dinge aus Äpfeln her.

Wieder in einem anderen Projekt dreht sich alles um die Heidelbeere, die nicht nur schmeckt und gesund ist, sondern die man auch zu Marmelade, Gelee und Tee verarbeiten kann. Dabei erkennen die Kinder die Bedeutung der Artenvielfalt für Mensch und Natur und wissen um die ökologischen Vorzüge regionaler und saisonaler Produkte im Vergleich zu Produkten aus Übersee.

Und auch die Tierwelt kommt nicht zu kurz. In einem weiteren Projekt geht es um Wild- und Hausschweine. Die Kinder

gehen auf Spurensuche im Wald und im Tierpark und sie besuchen sogar „Bauer Ludwig“, der ihnen seinen Stall zeigt.

Weitere Projektthemen sind Ernährung (ausgehend vom Spiel im Matsch) oder das nachfolgend ausführliche vorgestellte Projekt „Feuer und Flamme“, das sich mit dem Themenfeld Energie auseinandersetzt.

Alle Projekte sind dokumentiert und in Buchform veröffentlicht worden. Viele Praxistipps und Fotos zeigen, wie Nachhaltigkeit erlebt werden kann. Und eines sollte nach Lektüre des Buches klar sein: Bildung für nachhaltige Entwicklung muss nicht kompliziert sein, sondern ist spannend und bringt Freude.

**Dr. Beate Kohler (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald), Ute Schulte Ostermann (Bundesverband der Natur- und Waldkindergärten)**

- ▷ Kohler, B. & Schulte Ostermann, U. (2015): Der Wald ist voller Nachhaltigkeit. 21 naturpädagogische Projektideen für die Kita. Beltz, Weinheim und Basel, ISBN 978-3-407-62931-9

## PRAXIS

### Experiment zur Sonnenenergie

Material: schwarze und durchsichtige Schläuche, ca. 1 m lang, z. B. aus dem Baumarkt, je 2 Korken, Thermometer und Schreibmaterial

Die schwarzen und die durchsichtigen Schläuche werden an einer Seite jeweils mit einem Korken geschlossen. Nun werden sie mit kaltem Wasser gefüllt und mit einem weiteren Korken verschlossen, sodass kein Wasser herausfließen kann.

Anschließend werden die Schläuche an einen sonnigen Platz gelegt. Nach mehreren Stunden (je nach Jahreszeit und Temperatur) werden sie nun nach und nach geöffnet und mit einem Thermometer die Temperatur des ausfließenden Wassers gemessen. Das Ergebnis ist eindeutig und wird auf einem Blatt Papier aufgeschrieben.

### Kohlestifte herstellen

Die im Wald gesammelten Buchenäste werden vorsichtig entrindet und in eine Blechdose geschichtet. Damit Feuchtigkeit austreten kann, werden kleine Löcher in die Dose gestochen (z.B. mit einer Gartenschere). Nun legt man die Dose ca. 30 Minuten in die Glut. Bitte vorsichtig mit einer Zange herausnehmen und abkühlen lassen! Die nun fertigen Stifte werden aus der abgekühlten Dose geholt und das Malen kann beginnen.

## ZUM THEMA

### Broschüre

## Spielend Energie sparen

□ Die Energieagentur NRW bietet eine Broschüre zum spielerischen Umgang mit Energie in Kindergärten und Kindertagesstätten an. Auf 66 Seiten finden sich im Rahmen einer „Lernspirale in 24 Schritten“ Gedichte, Lieder, Geschichten und Experimente rund um das Thema Energie. Altbekannte Klassiker und neue Ideen der BNE und der (umwelt-)pädagogischen Arbeit im Themenfeld Energie treffen in der Broschüre auf ansprechend aufbereitetes Hintergrundwissen und praktische Tipps zum Energiesparen für ErzieherInnen. Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen oder als Printbroschüre bestellt werden.

- ▷ <http://kurzlink.de/Energiespielen>

### Buchneuerscheinung

## Innovative Waldprojekte

□ Der Wald ist einzigartig: als Ökosystem, Rohstoffquelle, Erholungsraum und als Lernort. Er bietet sich als ideales Themenfeld für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an. Die Bildungsmappe „Innovative Waldprojekte“ enthält drei in der Praxis erprobte Lerneinheiten, die innovativ

Grundschule und forstliche Bildungsarbeit verknüpfen. Diese ausgearbeiteten Unterrichts- und Waldeinheiten sowie sämtliche benötigte Arbeitsmaterialien (Arbeitsblätter, Wortkarten, Bastelanleitungen) geben konkrete Anregungen zur Umsetzung in Schule und Wald. Die Lerneinheiten bieten gute Anregungen für pädagogische Arbeit im Wald wie auch in der Kita, viele der Ideen können für den Elementarbereich angepasst werden.

- ▷ Vogl, R., Mandl, H., Meixner, M., Klatt, S.: Innovative Waldprojekte. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Grundschule. oekom verlag München, 2015. 208 S. 29,95 E. ISBN-13: 978-3-86581-717-4

### Praxisbeispiele

## BNE im Elementarbereich

□ Auf seiner Homepage stellt der ANU Bundesverband nach Zielgruppen geordnet gute Praxisprojekte in verschiedenen Themenbereichen vor. ErzieherInnen und MultiplikatorInnen im Elementarbereich finden dort vielfältige Anregungen für Projekte und Kontaktmöglichkeiten zu erfahrenen ExpertInnen.

- ▷ [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)

**BLICKPUNKT****Feuer und Flamme**

**Die Kinder des Waldkindergartens Langenfeld beschäftigten sich ein halbes Jahr lang mit dem Thema Energie in vielen verschiedenen Facetten.**

**Mit einem Dilemma fing es an**

Angeregt vom neuen Lehmbackofen, der seit einiger Zeit im Waldkindergarten genutzt wird, gehen wir der Frage nach, wie wir unsere Pizza oder unser Fladenbrot im Lehmbackofen heiß bekommen. „Natürlich mit Holz!“, wissen die Kinder. Einige Tage später fallen ihnen bei einem Gang durch den Wald farbige gekennzeichnete Bäume auf. Die Älteren vermuten gleich, dass diese Bäume gefällt werden müssen. „Wirklich?“, fragen andere Kinder besorgt. „Und was passiert mit unserem Wald?“ Mit diesem Dilemma finden wir einen Einstieg über das Feuerholz in das große Thema Energie, das uns ein halbes Jahr lang im Waldkindergarten Langenfeld begleitet hat.

**Der erste Schritt**

Wer denkt beim Wort „Ofen“ nicht an wohlige Wärme oder an das Backen eines leckeren Kuchens? Aber woher kommt diese Wärme? Die Kinder erfahren die Bedeutung von Holz als Energiequelle früher und heute. Sie lernen den umsichtigen Umgang mit Feuer. Ganz wichtig dabei sind für alle Streichhölzer und Feuerholz. Für den ersten Projekttag ist noch genug Holz gestapelt, sodass wir den Ofen gleich anfeuern und probieren können, auf verschiedene Art und Weise Feuer zu entfachen. Wir lernen den sorgsamsten Umgang mit Feuer, aber auch mögliche Gefahren kennen. Was ist zu tun, wenn es unkontrolliert brennt? Wir haben neben unserem Lehmbackofen immer eine Löschdecke liegen, um bei einem Brand schnell reagieren zu können. Die Kinder wissen aber auch, dass meistens die Feuerwehr gerufen werden muss, um Schlimmeres zu verhindern. Wir beschließen, mit all unseren Fragen die Feuerwehr in unserem Ort zu besuchen. Die Kinder erfahren vieles zur Arbeitsweise der Feuerwehr und zum Umgang mit dem Feuer. Am nächsten Tag im Kindergarten experimentieren wir weiter: Welches Holz brennt heller, welches brennt länger und welches ist am besten für Rauchzeichen geeignet? Unsere Eindrücke halten wir in „Feuerbildern“ fest. Und das geht natürlich super mit selbst angefertigten Holzkohlestiften.

**Holz – nicht nur zum Backen da**

Nachdem wir nun Experten im „Feuern“ sind, wird mit „Feuereifer“ der Teig für das Fladenbrot hergestellt. Dabei fragen wir in die Runde: „Wie backt ihr denn zu Hause?“ Die meisten Kinder haben zu Hause einen elektrischen Backofen. „Aber meine Oma hatte früher einen Holzofen!“, erinnert sich Lenya, „der steht jetzt im Schuppen.“ Der Holzbackofen von Lenyas Oma bleibt Gesprächsthema und führt zu der Frage, wie die Menschen denn früher gebacken haben. Um das herauszufinden, fahren wir mit den Kindern in ein Heimatmuseum. Sie staunen, wie die Menschen früher gelebt haben und erfahren, dass Holz nicht nur zum Kochen und Backen wichtig war. Auch zum Herstellen von Kohle oder von Werkzeugen aus Metall wurde Feuer und damit Holz benötigt. So war es also früher bei uns . . .

Durch den Kontakt zu einem Kindergarten im Kongo erfahren wir einiges über das fremde Land und sind erstaunt, dass dort Lehmöfen zum Kochen und Backen noch täglich genutzt werden. Ein wichtiger Schritt zum Über-den-Tellerrand-Schauen ist gemacht. Und die Fragen der Kinder zum Backen lassen nicht nach. Zur Befriedigung dieser Neugierde besuchen wir eine Bäckerei in unserem Ort. Mit Fotos und in Collagen halten wir die neuen Erfahrungen fest.

**Unser Brennholz aus dem Wald vor der Haustür**

Als Waldkindergarten haben wir natürlich täglich unseren Aufenthaltsraum im Blick. Die Kinder bemerken sofort, wenn Bäume mit Farbe gekennzeichnet sind oder finden auch frisch eingeschlagene Stämme. Die Verbindung zum eigenen Konsumverhalten in puncto Holz/Energie wird dabei noch nicht reflektiert. „Das ist einfach gemein!“ Die dürfen nicht gefällt werden!“ sind die spontanen Reaktionen. Gemeinsam mit den Kindern überlegen wir, wofür Menschen Holz brauchen, das konsequenterweise gefällt werden muss. Aus den Kindern „sprudelt“ es nur so heraus: „Feuer, Baumhaus, Stühle, Parkett, Papier.“ Insgesamt 36 Begriffe werden notiert. Die Sorge der Kinder, dass unser Wald bald keine Bäume mehr haben wird, wächst.

Durch den Kontakt zum zuständigen Forstamt ergibt sich ein Waldvormittag unter forstfachlicher Begleitung. Mithilfe von Suchaufgaben, Spielen und Rätseln lernen wir viel über Bäume und auch, nach welchen Kriterien Bäume gefällt werden. Wir erfahren, dass es eine Aufgabe der Forstleute ist, dafür zu sorgen, dass neue Bäume nachwachsen, sei es, indem sie gepflanzt werden, oder weil sie sich durch heruntergefallene Früchte auf natürliche Art aussäen. Mit großem Eifer wird das Kronenholz einer gefällten Buche zersägt und zum Lehmofen im Kindergarten gebracht. Um beobachten zu können, wie Bäume entstehen, pflanzen die Kinder im Kindergarten gekeimte Eicheln und Kastanien in Töpfe. Diese jungen Bäume wollen sie später im Wald aussetzen – eine sinnvolle Handlungsoption.

**Energie aus Wind und Sonne**

Nachdem wir überlegt haben, welche Heizquellen wir daheim haben und sogar einen Pelletofen bei Felix zu Hause besichtigen konnten, machen wir uns Gedanken über weitere, regenerative Energiequellen. Die großen Windräder fallen den Kindern ein, die als alternative Energiequelle genutzt werden. Einige Familien haben Sonnenkollektoren auf dem Dach, die wir uns ebenfalls anschauen. Da diese Technik sehr abstrakt ist, machen wir ein Experiment mit schwarzen und mit durchsichtigen Schläuchen. Schnell wird klar, was die Kollektoren leisten. Und noch etwas ist wichtig, wenn es um Energie geht: Energie sparen! Gemeinsam mit den Kindern überlegen wir, warum das Energie sparen so wichtig ist. Die Kinder entwickeln eine „Energiesparliste“ und schauen anhand dieser Liste, ob sie bei sich zu Hause noch Energie einsparen können. Richtige „Energie-Spar-Detektive“ gibt es in unserem Kindergarten! Ein wichtiger Schritt in den Alltag mit der Botschaft, dass jeder etwas tun kann.

**Fazit**

Die Kinder kennen den fachgerechten Umgang mit Feuer, wissen um die Bedeutung von Holz, heute und früher. Sie lernen die erneuerbare Energiequelle Sonnenenergie kennen und die Möglichkeiten, Energie zu sparen. Durch den Kontakt zu einem Kindergarten in der Demokratischen Republik Kongo wissen sie, dass die Güter der Welt sehr ungleich verteilt sind und wollen einen Beitrag dazu leisten, dass es in der Welt gerechter zugeht.

**Ute Nolden-Seemann, Wald und Holz NRW  
Beate Radeke, Waldkindergarten Langenfeld**

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Umweltbibliothek Leipzig

### Finanzierung langfristig gesichert

□ Die Umweltbibliothek Leipzig wurde 1988 als Literatursammlung in der kirchlichen Opposition der DDR gegründet, um der staatlichen Zensur und Desinformation in Umweltfragen entgegenzuwirken. Seit 1990 ist sie Teil des gemeinnützigen Vereins Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V. und wird als öffentliche, für jeden zugängliche und kostenfreie Umweltinformationseinrichtung betrieben. Zu den Nutzern gehören ebenso Schüler, Studenten und Lehrkräfte, wie Privatpersonen, Vereins-, Behörden- oder Firmenmitarbeiter. Ein Viertel der Nutzer kommt dabei nicht aus Leipzig. Durch einen Stadtratsbeschluss vom März 2015 ist der kommunale Zuschuss für die Umweltbibliothek ausreichend für den dauerhaften Erhalt eingeplant. Mit 70.000 Euro pro Jahr kann der Verein Ökolöwe Umweltbund Leipzig e.V. die Bibliothek dauerhaft halten. Der Verein hat über alle Jahre mit Spenden und Sponsoring wie andere Vereine auch seine finanzielle Basis aufgebessert. Doch in den vergangenen Jahren reichte dieses insgesamt nicht mehr für eine Personalstelle. Jetzt ist die weitere Finanzierung gesichert.

▷ [www.umweltbibliothek-leipzig.de](http://www.umweltbibliothek-leipzig.de)

Wettbewerb

### Poesie für prima Klima!

□ Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern veranstaltet seinen diesjährigen Klimaschutzwettbewerb im neuen Format. Unter dem Motto „Hart am Limit – Poesie für prima Klima!“ wird der Wettbewerb in diesem Jahr als Poetry Slam (Dichterwettstreit, Dichterschlacht) ausgetragen. Künstler des freien Wortes aus dem gesamten deutschsprachigen Raum sind

aufgerufen, ihre Sichtweise oder auch ihre Fragen zu präsentieren. Es werden Beiträge gesucht, die sich auf kritische, humorvolle oder ernste Weise mit den Risiken und Nebenwirkungen des Klimawandels bzw. mit den Herausforderungen, Möglichkeiten, Hürden und Widersprüchen des Klimaschutzes auseinandersetzen. „Klimaschutz muss nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen der Menschen erreichen!“, betont Tilman Langner vom Umweltbüro Nord e.V., das den Wettbewerb mit organisiert. Der Wettbewerb beginnt mit drei Vorausscheiden, die Ende Mai bis Mitte Juni stattfinden. Die drei besten Beiträge jedes Vorausscheides nehmen am 15. Juli 2015 am Finale teil. Der Landeswettbewerb des Energieministeriums wird von einem Kommunikationsteam begleitet, in dem namhafte Institutionen und Organisationen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden aus Mecklenburg-Vorpommern mitarbeiten. Bewerbungen können unter [klimaslam@em.mv-regierung.de](mailto:klimaslam@em.mv-regierung.de) eingereicht werden. Einsendeschluss ist der 10. Mai 2015.

▷ [www.umweltschulen.de/klimaschutzaktionen/hart-am-limit.html](http://www.umweltschulen.de/klimaschutzaktionen/hart-am-limit.html)

## WISSENSWERT

Kulturweit

### Neue Bewerbungsrunde

□ Am 1. April begann die Bewerbungsrunde für einen internationalen Freiwilligendienst mit kulturweit. Menschen zwischen 18 und 26 Jahren, die sich in Bildungs- und Kultureinrichtungen weltweit engagieren wollen, können sich bis zum 5. Mai online unter [www.kulturweit.de](http://www.kulturweit.de) bewerben. Der Freiwilligendienst beginnt am 1. März 2016.

Ob am Goethe-Institut Hanoi, beim DAAD in Buenos Aires oder an der Europaschule Tiflis: kulturweit-Freiwillige werden für sechs oder zwölf Monate in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik aktiv. „Wir möchten, dass junge Menschen Deutschland als Teil der Welt begreifen“, unterstreicht Verena Metzge-Mangold, Prä-

sidentin der Deutschen UNESCO-Kommission. „Und sich selbst ein wenig mehr als Weltbürger verstehen. Das gelingt, wenn man die Welt aus einer anderen Perspektive sieht.“ Durch Einsatzstellen in Ländern des Globalen Südens, in Osteuropa und der GUS erhalten kulturweit-Freiwillige Einblicke in Gesellschaften weltweit. kulturweit ist ein Projekt der Deutschen UNESCO-Kommission und wird in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt. Partner sind der Deutsche Akademische Austauschdienst, das Goethe-Institut, das Kompetenzzentrum der Deutschen Welle (DW Akademie), das Deutsche Archäologische Institut, der Pädagogische Austauschdienst in Kooperation mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie zahlreiche UNESCO-Nationalkommissionen weltweit.

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

03. Juni 2015, Berlin

### 15. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung lädt zur Jahreskonferenz „Globalisierung und nationale Verantwortung neu ordnen. Ideen und Innovationen der Nachhaltigkeitspolitik“ im bcc Berlin Congress Center (Alexanderstraße 11, 10178 Berlin) ein.

▷ [www.nachhaltigkeitsrat.de/termine/veranstaltungen-des-rates/15-jahreskonferenz](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/termine/veranstaltungen-des-rates/15-jahreskonferenz)

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**  
Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), [oekopaednews@anu.de](mailto:oekopaednews@anu.de);  
ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](http://bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)